

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: pro Nummer 1 Pf. Vierteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Wulstzettel Sonntagsbeilage. Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Abgenommen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anrechnung für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montag.

Die Inserations-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen ober deren Raum 50 Pf. für vollstellige und gewerkschaftliche Betriebs- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehtgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengänge und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 29. Juni 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Achtung! Parteigenossen!
Donnerstag, den 1. Juli,
 abends 8 Uhr,
 finden in Groß-Berlin
25 Volks-Versammlungen
 statt. Die Tagesordnung lautet:
Reichstags-Auflösung?
 Lokale und Referenten werden noch bekanntgegeben.
Es gilt Massenbesuch! Keiner fehle!
 Der Aktionsausschuß.

Die Krise.
 Fürst Bülow ist jetzt gezwungen, alles zweimal zu sagen, denn eine einmalige Veteuerung findet schon gar keinen Glauben. Deshalb richtet der Kanzler heute durch die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen feierlichen Appell an die Zweifler, doch das Demissionsanerbieten ernst zu nehmen. Das offiziöse Blatt schreibt:

Der Reichskanzler hat den Kaiser um seine sofortige Entlassung gebeten. Seine Majestät hat sich zur sofortigen Erfüllung dieses Wunsches nicht zu entschließen vermocht und hat den Reichskanzler unter warmer Betonung seiner großen, in zwölfjähriger Ministerstätigkeit der Krone und dem Lande geleisteten Dienste dringend gebeten, sein Amt noch so lange zu führen, bis die Reichsfinanzreform, deren Erledigung eine nationale Notwendigkeit sei, zustande gebracht wäre. Der Kaiser hat sich dabei von der Ueberzeugung leiten lassen, daß es am allerbesten dem Fürsten Bülow gelingen werde, das Werk unter Abwechslung der dem Gesamtinteresse schädlichen und daher für die verbündeten Regierungen unannehmbaren Steuerentwürfe zu Ende zu führen. Dem Ersuchen des Kaisers hat der Reichskanzler sich nicht entziehen wollen. Jedoch ist er mit Rücksicht auf die politische Entwicklung, die durch die Abstimmung über die Erbschaftsteuer ihren Ausdruck gefunden hat, unabweislich entschlossen, alsbald nach der Erledigung der Finanzreform aus dem Amte zu scheiden.

Wir erhalten also die Auffassung, daß das Auftreten des Kanzlers beim letzten Akt der Finanzreform das Unwiderwärtlichste sei. Trotz dieser beruhigenden Versicherung können wir aber die Demissionsgeschichte selbst nicht so tragisch nehmen. Es klingt ja sehr hübsch, wenn uns erzählt wird, daß der treue Royalist sich dem Ersuchen des Kaisers „nicht hat entziehen“ können. Mit dem fortwährenden Heranziehen des Kaisers sollte uns doch der „Novembermann“ wirklich verschonen. Hat doch Fürst Bülow selbst das ganze Ständezentrum und seinen Ausgang vorher gekannt. Denn schon vor der Demissionskomödie wurde in der offiziellen Presse verkündet: der Kanzler bleibt und der Reichstag wird nicht aufgelöst. Und ebenso begannen schon vorher die Kompromißverhandlungen des Herrn von Loebell mit den Konservativen. Daß Fürst Bülow nach Beendigung der Finanzreform wirklich verschwinden wird, das werden wir diesem ausdauernden Akteur erst glauben, wenn wir in der „Nordd. Allg. Ztg.“ die Genehmigung des Entlassungsgesuchs gelesen haben werden.

Vorläufig ist die offiziöse gepfeifte Presse schon eifrig damit beschäftigt, Stimmung für das Verbleiben Bülows zu machen. Die Scherl-Presse verkündet:

Wenn die Konservativen jetzt, in der letzten Stunde, dem Kanzler die Hand zur Verständigung bieten, wird der in der schmerzlichen Enttäuschung dieser Tage gefasste Entschluß des Fürsten Bülow sich vielleicht doch noch einer Revision unterziehen lassen. Die Partei hätte hierzu um so mehr Veranlassung, da sie sich darüber im Klaren sein muß, daß sie die Finanzreform in der von der neuen Mehrheit geplanten Gestalt nicht zustande bringen kann. Der Bundesrat hat bereits seine Bedingungen für die Annahme der Reform formuliert. Findet er damit bei der Mehrheit kein Gehör, so erscheint eine Auflösung des Reichstags nicht ausgeschlossen. Wollen die Konservativen diese vermeiden sehen, so müssen sie den Wünschen der Regierung Rechnung tragen. Dann aber müßte sich auch, so meinen wir, ein Weg finden lassen, der dem Reichskanzler ein weiteres Ausbleiben auf seinem schwierigen Posten ermöglicht.

Die Konservativen hätten gegen diese Lösung fürs erste nicht viel einzuwenden, denn es ist den Konservativen nicht sehr erwünscht, die Tatsache zu offenbaren, daß sie nach allen Regeln des so verhassten parlamentarischen Systems den Kanzler zur Strecke gebracht haben. Sie würden es vorziehen, ihn eine Zeitlang noch als ihren Beauftragten Wirklichkeiten zu lassen und ihn dann später durch höfische Einflüsse abzuhalfen.

Doch selbst wenn man sich entschließen könnte, der feierlichen Versicherung eines Bülow zu glauben, würde das an der Beurteilung des politischen Charakters des Mannes nichts ändern. Denn Fürst Bülow leistet den Agrariern gerade durch sein Verbleiben den größten Dienst, er rettet sie vor der Reichstagsauflösung und erspart es ihnen, für ihr volksverräterisches Treiben Rechenschaft abzulegen. Die konservativen und selbst die Zentrumsblätter sind daher mit dieser Lösung im ganzen zufrieden. Allerdings wäre es ihnen noch lieber gewesen, wenn Bülow geblieben wäre, ohne sich erst nach Kiel zu bemühen. Es ärgert sie nicht nur, daß Bülow nach der Darstellung seiner Offiziösen seine Demission damit begründet habe, daß die Konservativen ihn im Stiche gelassen hätten. Noch unangenehmer ist es ihnen, daß Bülow in dem ramponierten Zustande, in dem er sich jetzt befindet, verdammt wenig brauchbar ist, die Geschäfte zu besorgen, die sie von ihm verlangen. So schreibt die „Kreuzzeitung“:

Fürst Bülow hat sich zu unserem Bedauern dem stürmischen Drängen der Liberalen nicht entzogen. Er hat am Sonnabend den Kaiser um seine sofortige Entlassung gebeten. Wir sind der Ueberzeugung, daß er in bezug auf die Entscheidung des Kaisers kaum im Zweifel sein konnte (wonach also auch die „Kreuzztg.“ den unerwünschten Charakter der Demission erkennt). Der Rücktritt des Reichskanzlers in dem Moment, da sich der Regierung eine starke, und zwar stärkere Mehrheit als der auf wenige Stimmen gestellte Block zur Lösung der Finanzreformfrage darbietet, würde verhängnisvoll gewesen sein. Wir verkennen nicht, daß durch diese Entscheidung Fürst Bülow persönlich in eine schwierige und undankbare Lage versetzt ist. Ein Reichskanzler, dessen demnächstiges Ausscheiden feststeht, wird nur unter ganz besonderen Umständen den Parteien gegenüber diejenige Regierungsautorität vertreten können, die zur Leitung der Geschäfte in schwierigen Lagen erforderlich ist. Wir glauben aber, daß solche außergewöhnlichen Umstände diesmal vorliegen. Die Reichsfinanzreform muß gemacht werden und muß bald gemacht werden.

Außergewöhnliche Umstände, in der Tat! Denn wir hatten in Deutschland schon lange zwei Regierungen: die wirkliche Regierung des Herrn von Seydewitz und die Scheinregierung des Fürsten Bülow. Diese Ueberproduktion von Regierungen konnte nur durch eine Krise gelöst werden, die mit der Vernichtung des Schwächeren, des Fürsten Bülow, enden mußte. Bülow hat nun auch öffentlich seine Selbstständigkeit aufgegeben und regiert zunächst nur mehr als Geschäftsführer der Konservativen weiter. Da er die Reichsgeschäfte in großer Verwirrung zurückgelassen hat, so sind die Konservativen bereit, mit der Geschäftsbürokratie zu warten, bis die Sanierung erfolgt ist.

Darin liegt aber eine außerordentliche Gefahr für die breiten Volksmassen. Bekanntlich hat die Regierung erklärt, daß ihr eine Reihe von Steuern unannehmbar sind. Es sind solche Steuern, die vor allem großkapitalistische Interessen schädigen. Gegen die indirekten Steuern, die die Massen belasten, hat die Regierung nichts einzuwenden. Die Differenz zwischen dem schwarz-blauen Block und der Regierung geht also nur um die Behandlung der Börse und die Verlastung des Verkehrs. In der Ausplünderung des Volkes durch die indirekten Steuern sind Regierung und Parteien einig; damit aber auch über den größten Teil der Finanzreform. Für die Gestaltung der Börsen- und Verkehrssteuern wird aber bereits eifrig nach einem Kompromiß gesucht, dessen Grundzüge nach dem „Börsen-Courier“ die folgenden sein sollen:

Dividendensteuer von 2 Proz., Erhöhung des Effektenstempels im Sinne des konservativen Antrags, Befreiung der Scheid., Erhöhung der Umsatzsteuer, aber geringer als die Konservativen forderten, und endlich eine kleine Lotterungsgebühr.

Daß aber ein solches Kompromiß zustande kommt, ist leicht möglich, da die Konservativen nach ihrem vollständigen Sieg zu Zugeständnissen in diesen Nebensachen leicht bereit sein können. Meint ja auch die „Germania“, daß die „Mehrheitsparteien zu einer Verständigung mit der Regierung jetzt bereit“ seien. Nur die „Deutsche Tageszeitung“ ist noch störrisch und bezeugt das Entgegenkommen als Pflicht der Regierung und nicht als die der Parteien. Sollte aber selbst ein solches Kompromiß nicht zustande kommen, so könnte die Regierung schließlich nur die indirekten Steuern abgeben lassen und die Besitzsteuerfrage verschieben, vorausgesetzt, daß hier die neue Mehrheit nicht durch Annahme eines Mantelgesetzes, vor der sich die Regierung so sehr fürchtet, einen Strich durch diese Rechnung macht. So kann das Zusammenwirken der Regierung und des schwarz-blauen Blocks schließlich dahin führen, daß die Finanzreform nur mit indirekten Steuern gemacht wird. Daß die verbündeten Regierungen selbst zu einem solchen Streich bereit wären, sieht sogar ein so regierungstreues Blatt wie die „Kölnische Zeitung“ als durchaus möglich an, indem sie schreibt:

Die Frage ist also jetzt, ob die konservativ-kerisale Finanzgesetzgebung den verbündeten Regierungen annehmbar erscheinen wird. Nach den Erklärungen, die Fürst von Bülow am 18. Juni im Namen der verbündeten Regierungen abgegeben hat, erscheint eine solche Möglichkeit so gut wie ausgeschlossen. Nun ließe sich der Fall denken, daß der Bundesrat nachträglich diese vom Reichskanzler gegebene Interpretation seiner Auf-

fassung des abouirte, daß er die Steuererlasse des schwarzen Blocks trotz seiner Mängel annehme. Tritt dieser Fall ein, so muß und wird Fürst von Bülow gehen. Es bleibt also abzuwarten, ob es der neuen Mehrheit gelingt, eine der Erbschaftsteuer gleichartige, verschiedene Arten des Besitzes treffende Steuer zu finden. Gelingt ihr das, wie mit ziemlicher Sicherheit vorausgesetzt werden kann, nicht, und stimmt der Bundesrat trotz dem der Steuerermäßigung zu, so ist die Kanzlerkrise eröffnet. Die verbündeten Regierungen wird dann der Vorwurf treffen, daß sie aus Furcht vor der Auflösung des Reichstages wider besseres Wissen und Gewissen dem deutschen Volke die üblen wirtschaftlichen und politischen Folgen ausbürden, die entstehen müssen, wenn sie sich der unnatürlichen, von egoistischen und parteipolitischen Beweggründen ausgehenden Maßpolitik der konservativ-kerisale-polnischen Mehrheit fügen.

Die Gefahr eines solchen Endes ist um so größer, als die reaktionäre Mehrheit die Finanzreform in aller Schnelligkeit durchzusetzen will und Herr Erzberger bereits verkündet, daß in zwei Wochen alles fertig sein müsse. Deshalb muß die Gegenaktion sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments mit aller Kraft einsetzen.

Die Regierung hat vor den Junkern und Pfaffen völlig kapituliert. Soll der schmachvollen Kapitulation der Regierung die der Liberalen auf dem Fuße folgen? Die Regierung fürchtet den Kampf mit den Agrariern. Befiehlt die Liberalen gleiche Feigheit? Die Opposition gegen den schwarzen Schnapsblock umfaßt nahezu die Hälfte des Parlaments. Die Opposition einer so außerordentlich starken Minorität ist unüberwindlich, wenn sie energisch und zielbewußt ist. Soll wirklich das Durchsetzende der folgenstärksten, volkschädigendsten Gesetze ohne weiteres geduldet werden? Die Antwort auf diese Frage hängt vor allem von den Liberalen ab. Wollen sie nicht mit-schuldig werden an dem Zustandekommen der Finanzreform, so müssen sie endlich den Kampf aufnehmen. Stäme die Finanzreform zustande, so wäre es nicht nur ein Beweis kerisale-konservativer Rücksichtslosigkeit, sondern auch liberaler Feigheit und Unentschlossenheit.

Aus dem Reiche des Herrn v. Breitenbach.

Daß die „allpreussische Sparsamkeit“ bei der preussischen Eisenbahnverwaltung von jeder geübt wurde, ist männiglich bekannt. Unter Herrn v. Breitenbach ist sie aber zur höchsten Blüte geblieben. Was wird da nicht alles am grünen Tische eronnen, um zu „sparen“! Gespart wird an Schmieröl, an Petroleum, an Putzlappen, an Kohlen und ganz besonders an Personal und am Lohne der Arbeiter.

Jetzt hat man aber auch ein Mittel gefunden, um die vermehrten Ausgaben zu reparieren, oder wenigstens wieder zu vermindern, welche die Gehaltsaufbesserung und insbesondere die Erhöhung des Wohnungsgeldes mit sich bringen müßte.

Einer Anzahl Hauptbeamten des hiesigen Anhalter Bahnhofes ist von der Eisenbahnverwaltung die Wohnung zugegangen, ihre Wohnverhältnisse zu regeln, da sie am 1. Oktober d. J. nach Wittenberg, Eger, Falkenberg, Zittau, Bitterfeld, Eger, Wittenberg usw. versetzt werden. Wozu diese Versetzungen? Um Strafversetzungen handelt es sich nicht, denn keiner der in Frage kommenden Beamten hat sich etwas zuzulassen kommen lassen. Ein dienstliches Interesse liegt ebenfalls nicht vor. Es bleibt also nichts als die Sparpraxis der Verwaltung. In Berlin beziehen die Beamten die höchsten Wohnungsgeldzuschüsse, während die genannten Orte zu Gehaltsklasse III-V gehören und demzufolge die dort stationierten Beamten die niedrigsten Wohnungsgeldzuschüsse erhalten. Die Sparpolitik der preussischen Eisenbahnverwaltung lenkt keine Rücksicht mehr. Für viele der unteren Beamten bedeutet weniger die Erhöhung des Gehalts, als die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses die eigentliche Aufbesserung. Durch die Maßnahmen der Verwaltung wird ihnen aber das, was der Landtag bewilligte, wieder entzogen.

Eine andere Maßnahme der Eisenbahnverwaltung betrifft 42 Hilfsbeamte des Anhalter Bahnhofes. Diesen wurde mitgeteilt, daß ihre Ueberweisung zu irgend einer Bahnmeisterei in Aussicht genommen sei. Hier handelt es sich um Personen, die mehr als 10 Jahre bis zu 28 Jahren im Eisenbahndienst und viele Jahre bereits im Fahrtdienst stehen, die also kaum noch fähig sind, die schwere Streckenarbeit zu verrichten. Danach fragt die Verwaltung nicht, ihr geht das Sparen über alles.

Auf dem Anhalter Güterbahnhof wird auch nach allen Regeln der Kunst gespart. Jede Nummer des „Werkst.“ des Organs der Reichsopposition der Eisenbahner des deutschen Transportarbeiterverbandes, enthält Klagen und Beschwerden der Güterbodenarbeiter des Anhalter Bahnhofes. Das Präzedenzfall-System, das dort eingeführt werden sollte, ist dank des Verhaltens der Arbeiter noch nicht zur Einführung gekommen, den Plan aber hat die Verwaltung noch nicht aufgegeben. Jetzt sucht die Verwaltung die Eingkeit der Güterbodenarbeiter dadurch zu zerstören, daß sie auf Schuppen II den Sonntagsdienst befestigte, ihn aber auf Schuppen I beibehält. Sie gewährt also einem Teil der Arbeiter eine Verzichtung, um den anderen Teil nicht zu machen und Zwietracht herbeizuführen. Auf Schuppen I soll nun eine Neuordnung der Arbeitszeit vorgenommen werden, die wiederum auf Schuppen II nicht zur Anwendung kommen soll. Was die Ver-

waltung damit beschäftigt, wird ihr nicht gelingen, die Güterbodenarbeiter auf dem Anhalter Güterbahnhof lassen sich nicht durch derartige Machinationen in ihrer Einigkeit stören, denn sie wissen wohl den Weg führen soll.

Bedeutende Dienstverschlechterungen sollen den Stellwerksteilnehmern einigen, vielleicht aller Stadt- und Ringbahnstationen beschieden werden. Der Dienst des Stellwerksteilnehmers ist ungemein schwer und verantwortungsvoll. Deshalb ist auch hier schon seit vielen Jahren der Achtstundendienst eingeführt. Jetzt beschäftigt die Eisenbahnverwaltung wenigstens zum Teil wieder den Zwölfstundendienst einzuführen. Man bedenke, daß der Beamte, der den Weichenstellendienst auf dem Stellwerk verrichtet, bei dem riesenhaften Verkehr auf der Stadt- und Ringbahn während der 8 beziehungsweise 12 Stunden Dienst kaum imstande ist, einen Bissen Brot zu essen. Die Verlängerung des Dienstes dieser Beamten bedeutet geradezu eine Gefahr für Leben und Gesundheit der eisenbahnfahrenden Bevölkerung. Und weshalb diese Verschlechterung? Die durch den Sommerurlaub der Beamten entstehenden Lücken sollen durch diese Dienstverteilung ohne Kosten ausgefüllt werden. Die Beamten befürchten, nicht mit Unrecht, daß der Zwölfstundendienst, erst wieder eingeführt, auch dann beibehalten werden wird, wenn die Urlaubsperiode vorüber ist. Deshalb will ein großer Teil lieber auf die paar Urlaubstage verzichten, als wieder die zwölf Stunden Dienst zu leisten. Die Verwaltung spart also dabei auf alle Fälle.

Der blutige Zar.

Überall, wohin das blutige Oberhaupt der Verbrecherbande kommt, die das unglückliche Rußland kruzet und beschützt, regt sich im Proletariat und in den Kreisen des Bürgertums, wo das gesunde Gefühl noch stärker ist, als die „politischen Rücksichten“, der tiefste Widerwille und die bittere Empörung. So konnte der Zar Schwedens Hauptstadt nur unter ganz außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen betreten. Am Sonnabendnachmittag traf er dort zum Besuch des Schwedenkönigs ein. Der Burghof des königlichen Schlosses, der sonst für jedermann zugänglich ist, war schon in aller Frühe abgesperrt, was seit den Märztagen von 1848, als die revolutionären Strömungen auch nach Schweden überzuschlagen drohten, nicht mehr vorgekommen war. Die Polizeibehörden von Stockholm hatten sich schon tagelang vorher eifrig bemüht, alle Personen, die irgendwie verdächtig erschienen, für die Dauer des Zarenbesuchs unschädlich zu machen. Man ging dabei sogar soweit, daß man den Redakteur eines in der meisteilweit von der Hauptstadt entfernt liegenden Kleinstadt Korrekteure erscheinenden liberalen Blattes nach Stockholm brachte und ihn hier einem gründlichen Verhör unterwarf! Das gleiche passierte einem siebzehnjährigen Mitarbeiter desselben Blattes, bei dem man zum Ueberflus noch eine Hausdurchsuchung vornahm. Der junge Mann, Finnlander von Geburt, hatte sich offenbar dadurch verdächtig gemacht, daß er einige finnländische Freiheitsgedichte veröffentlichte. Der Redakteur G. Pettersson war im Jahre 1904 wegen Zarenbeleidigung verurteilt worden, weil er den Zaren wegen des Bruchs der beschworenen Verfassung Finnlands für meineidig erklärt hatte. Er ließ damals in der nächsten Nummer seines Blattes mit großen Lettern drucken: „Und doch ist Nikolaus II. ein grober Meineidiger!“

Die schwedische Arbeiterschaft protestierte bereits am Freitag in großen Versammlungen gegen den Zarenbesuch und schloß sich einstimmig der in der vorigen Woche vom Genossen Branting in der Zweiten Kammer eingebrachten, dort aber abgelehnten Interpellation an.

Die englische Arbeiterpartei veranstaltet bekanntlich zum Protest gegen den Besuch des Zaren in England große Protestmeetings unter freiem Himmel. Die Stimmung, aus der diese Protestkundgebungen geboren werden, wird auch von manchen Kreisen der Liberalen geteilt — dort kommt sie allerdings nicht zum Ausdruck, weil die Angehörigen der Regierungspartei der Politik der Regierung keine Schwierigkeiten machen wollen. Die Rücksichten auf die äußere Politik, auf die englisch-russische Entente sind stärker, als die ethischen Empfindungen. Die Kapitalisteninteressen siegen über die liberale Ideologie.

In Rom hatte am Sonntag eine sozialistische Konferenz, auf der zahlreiche Vertreter sozialistischer Provinzorganisationen vertreten waren, stattgefunden. Die Versammelten nahmen eine Resolution an, in der die sozialistische Partei und Konföderation der Arbeit (die Zeitung der Gewerkschaften) aufgefordert werden, für den Tag der Zarenankunft den Generalstreik zu proklamieren und überall Protestversammlungen zu veranstalten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Juni 1908.

Los mit dem Versuch!

Die „Deutsche Agrar-Korrespondenz“ meint in einem längeren Artikel gegen die sozialdemokratische Forderung auf Aufhebung der Getreidezölle, eigentlich sollte das Experiment einmal gemacht werden, denn es werde den urteilslosen großen Massen bewiesen, daß „der Zoll als preisbildender Faktor gänzlich ausscheidet.“ Was auf gut Deutsch heißen soll, daß der Zoll das Getreide nicht verteuert!

Wenn die Herren Agrarier so fest von dieser abgründigen Weisheit überzeugt sind, so sollten sie sich allerdings die günstige Gelegenheit, die „urteilslosen Massen“ einmal über die Harmlosigkeit der Getreidezölle gründlich zu belehren, nicht vorbegehen lassen. Wenn sie wollen, wird die Regierung ja nichts dagegen haben. Also

Die Herren wollen nicht! Den Wunsch, daß der Versuch angestellt werde, heuchelt die „Deutsche Agrar-Korrespondenz“ vorsichtigerweise nur in der Einleitung des Artikels, um ihm zum Schluß ganz energisch zu widersprechen. Die Herren Bündler sind also doch nicht so ganz fest davon überzeugt, daß nicht der Zoll ihnen die besonders fetten Gewinne am Hungerpreis des Getreides verschaffte! Und damit tun sie sehr recht.

So redet sie übrigens der Artikel der „Agrar-Korrespondenz“ über die Forderung auf Aufhebung der Kornzölle ist, um so weniger sagt sie zu der sozialdemokratischen Forderung auf Aufhebung der Einfuhrzölle ein! Aber sie erklärt sie kurzerhand für undiskutierbar! Diese Forderung ist ihr also noch unbequemer, erscheint ihr noch gefährlicher als die Aufhebung der Getreidezölle! Wohl

weil sie glaubt, daß sich für diese Maßregel die Regierung und eine Parlamentsmehrheit leichter gewinnen ließe als für die Aufhebung der Zölle!

Die christlichen „Arbeitervertreter“ und der Kaffeegoll.

Befamlich haben die christlichen „Arbeitervertreter“ der Zentrumsfraktion samt und sonders gegen die Erbschaftsteuer gestimmt, auch der Abg. Wiesberts, der vor kurzem noch lebhaft für die Erbschaftsteuer gesprochen hatte, dessen Blatt bis vor kurzem für diese Steuer gekämpft hatte. Als am folgenden Tage die Erhöhung des Kaffeegolles zur Beratung stand, sprach niemand von den Herren, die am Tage vorher gegen eine geringe Belastung der Reichen gestimmt, ein Wort gegen diesen neuen Raub an den arbeitenden Klassen. Und als es zur Abstimmung kam, hatten sie kein kräftiges Nein mehr, wie am Tage vorher, sondern diese sogenannten Arbeitervertreter — Schiffer, Wiedeberg, Weder (Arnsberg), Schirmer — kniften feige aus und enthielten sich der Abstimmung. Nur Wiesberts hatte den Mut, der Zentrumsparole zu folgen und für die Erhöhung des Kaffeegolles zu stimmen.

Diese Abstimmung zeigt, daß — sobald das Zentrumsinteresse mit dem Arbeiterinteresse kollidiert, die Arbeitervertreter in der Zentrumsfraktion regelmäßig die Arbeiterinteressen verraten. Was das in diesem Falle heißt, erkennt man erst, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Abg. Wiesberts, Schiffer und Wiedeberg in Vergarbeiterbezirken gewählt sind, und die Vergleute unter Tage der in der Grube herrschenden Hitze wegen viel Kaffee trinken müssen, den sie sich in Blechlampen mit hinunter nehmen. Diese Abstimmung Wiesberts für die Erhöhung des Kaffeegolles und die feige Stimmenthaltung der übrigen ist niederträchtiger Verrat an den Vergarbeitern.

Uebrigens sind die christlichen „Arbeitervertreter“ von der evangelischen Konfession natürlich nicht besser. Auch der christlich-soziale Wehrens, der Generalsekretär des Gewerkevereins der christlichen Vergarbeiter, drückte sich von der Abstimmung über den Kaffeegoll.

Ein Vorschlag zum Eulenburg-Prozess.

Wir lesen in einem hiesigen Blatte: Die Auslösung der Geschworenen im Prozess Eulenburg soll angeblich Schwierigkeiten machen, weil eine größere Anzahl der ausgelosten Herren gesundheitliche Rücksichten geltend macht, um von der unangenehmen Pflicht entbunden zu werden. Wir begreifen die „Schwierigkeiten“ der Behörde nicht, denn sie hat ja durchaus nicht nötig, sich bei der Auswahl an bestimmte gesellschaftliche Kreise zu halten. Sie soll ruhig in etwas „niedere Schichten“ herabsteigen, dann wird sie genug Männer finden, die zu diesem Geschworenenamt Fähigkeit und Mut finden.

Das Blatt, das diesen Vorschlag macht, ist die „Nationalzeitung“. Die Annäherung der Regierung an die konservativ-liberale Mehrheit scheint selbst in nationalliberalen Blättern zweifelhafte Gefühle über die deutsche Justiz zu wecken! Weiß das Blatt übrigens, wie man nach seiner Politik schließen darf, daß bei der Auswahl der Geschworenen nur bestimmte gesellschaftliche Kreise berücksichtigt werden — wir halten das nicht für unmöglich — so hat es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, deutlicher zu werden!

Geheimrat v. Halle.

Montag starb hier im Alter von 60 Jahren Professor v. Halle. Talent und Fleiß vor ihm sicherlich nicht abzuspüren. Nur daß ein falscher Ehrgeiz den von Haus aus vermögenden Mann dazu trieb, seine Fähigkeiten nur in den Dienst der Karriere zu stellen. In nationalökonomischen Kreisen durch ein reich dokumentiertes Buch über amerikanische Baumwollproduktion bekannt, trat er in der Öffentlichkeit als einer der eifrigsten Plottenagitatoren hervor, wurde schließlich ins Reichsmarineamt zur Vorbereitung der Marinevorlagen berufen und siedelte später ins Reichsschatzamt über, wo er eine eifrige Stimmungsmache für die Erbschaftsteuer betrieb. Das ärgerte die Konservativen, und Eybow und Bülow zögerten nicht, Halle den Konservativen als Opfer darzubringen. Bald darauf besiel ihn eine schwere Brustfellentzündung, der er erlag.

Deutscher Champagnerzoll — französischer Getrebezoll.

Die Handelskammer in Colmar i. Elz, wendet sich in einer Eingabe an den Reichstag gegen die Champagnerzollerhöhung von 120 auf 150 R., wie sie durch die Finanzkommission des Reichstages beschlossen worden ist. Die Eingabe macht geltend, daß diese Zollerhöhung in Frankreich, dessen Champagnerausfuhr dadurch betroffen würde, zu Gegenmaßnahmen führen und die Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse nach Frankreich schädigen müßte. Dabei kommt besonders die Wollindustrie in Betracht, die einen Absatz von jährlich zehn Millionen Mark an Kleiderstoffen in Frankreich verlieren würde. Wäher habe gerade die Handelskammer des Champagnerproduzierenden Bezirkes von Reims in Frankreich mit Rücksicht auf die Champagnerausfuhr nach Deutschland ihren Einfluß gegen die französischerseits geplante Erhöhung des Zolles auf deutsche Getreibe geltend gemacht. Die Erhöhung des Zolles auf französischen Schaumwein würde sicherlich auf die gegenwärtige Veratung des neuen französischen Zolltarifs in der Deputiertenkammer ungünstig einwirken.

Ein genialer Steuertechniker.

In Baden macht gegenwärtig der Bund der Landwirte gegen die Liberalen mobil. Die „Badische Landeszeitung“, das nationalliberale Zentralorgan in Karlsruhe, nagelt im Kampfe gegen die Bündler einen Anspruch fest, den der badische Führer dieser Herren, der Rechtsanwalt D. H. Schmidt-Bretten, vor drei Jahren im Landtag tat. Es handelt sich dabei um die Schiffahrtsabgaben, für deren Einführung der Abgeordnete Schmidt sich namens der konservativen Gruppe aussprach; dann habe er noch hinzugefügt, daß auch der Verkehr auf den Landstraßen mit einer Abgabe bedacht werden sollte, und zwar für jedes Fuhrwerk, ob es „ein Lastwagen oder ein Kinderwägelchen ist“. Weil der rechtsgelehrte Bündlerführer die Nichtigkeit dieser Behauptung bestritt, verweist ihn die „Bad. Landesztg.“ auf die Sitzung der Zweiten badischen Kammer vom 18. Januar 1906 und deren (unkorrigiertes) Stenogramm im Landtagsbureau!

Das Urteil in der Klage der Radbod-Witwen.

Im Auftrage der Mehrzahl der Radbod-Witwen haben sechs Witwen gegen das Hilfskomitee in Hamm, das nach dem Unglück die bekannte Radbodspende gesammelt hat, Klage auf Auszahlung der Spende beantragt. Die Klage ist am 12. Mai ohne Begründung abgewiesen worden. Am Sonnabend ist nun den Parteien das Urteil zugestellt. In der Begründung heißt es nach langen rein juristischen Ausführungen, maßgebend sei vor allem der Wortlaut des Aufrufs: „Einberung der augenblicklichen Not durch sofortige Maßnahmen“. Dem sei das Komitee nachgekommen. Außerdem seien die Witwen nicht aktiv legitimiert (nicht zur Klage berechtigt), da die Zahl der zu Unterhaltenden heute noch gar nicht feststehe — und es könnten zum Beispiel sich noch Personen melden, die von den Berunglückten unterhalten oder unterstützt worden seien, und von den wenigen Berechtigten könnten vielleicht einige dauernde Schäden behalten.

Endlich sei aber auch noch zu berücksichtigen, daß nach dem unbestrittenen Vordringen der Beklagten eine augenblickliche Not der Klägerinnen in den ersten Tagen nach dem Unglück nicht mehr vorhanden war, weil nach der unbestrittenen Behauptung der Be-

klagten den Witwen sofort nach dem Unglück das Sterbegeld ausbezahlt und mit der Bezahlung der gesetzlichen Renten durch die Knappschaftsberufsgenossenschaft (die sich zum sehr großen Teil zwischen 26 und 40 R. bewegen. D. Neb.) begonnen ist und außerdem etwa 137 000 R. (Wenn nicht etwa die Kronprinzesspende gemeint ist, so erfährt die Öffentlichkeit zum ersten Male, daß eine solche Summe verteilt wurde. Neb.) zur Verwendung gelangt sind. Zum Schluß heißt es dann: Selbst wenn man ein Auftragsverhältnis zwischen den Spendern und den Sammlern annehmen wolle, so würde doch die Klage nicht begründet sein. Der Auftraggeber habe keine Weisungen über die Art der Verteilung erteilt, der Beauftragte habe demnach selbständig so zu handeln, wie es nach vernünftigem Ermessen notwendig sei. Es erübrige sich nach alledem nur die Abweisung der Klage.

Einverstanden, Herr Major!

Die vor kurzem beendete Landwehrübung beim 170. Infanterie-Regiments in Offenburg (Baden) schloß mit einer offiziellen Erklärung ab, welche zur Anerkennung weiter verbreitet zu werden verdient, wenn sie auch etwas Selbstverständliches ausspricht. Der Major, vor welchem die beiden Landwehregompanien exerzierten, lobte die Wehrmänner. Sie, die schon so lange Zeit des Exerzierens entzogen waren, hätten sich während der zweiwöchentlichen Arbeit wieder so ausgebildet, daß die aktiven Mannschaften sich an ihnen ein Beispiel nehmen könnten. Zu den Offizieren gewendet, sagte darauf der Major, daß ein solches Resultat nur erzielt werden konnte durch eine anständige Behandlung der Soldaten; denn von einer schlechten Behandlung entstünden Missetaten und ungenügende Leistungen.

Wie oft ist dies von der Sozialdemokratie schon gesagt worden!

Die „Korrekturen“ des Hauptmanns.

Vor dem Kriegsgericht Nürnberg hatte sich am 22. Juni der Hauptmann und Kompagniechef Lampl von der 10. Komp. des in Erlangen garnisonierenden 19. bayerisch. Infanterieregiments wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener zu verantworten. Es war schon seit langer Zeit bekannt, daß Hauptmann Lampl seines schändlichen Benehmens wegen in der Kompagnie gefürchtet ist, aber es ist charakteristisch, daß keiner der mißhandelten Soldaten den Mut hatte, den Beschwerdeweg zu betreten. Es war ein gewissenhafter Kompagnieoffizier, Oberleutnant Hofer, gezwungen, von dem Treiben des Hauptmanns Meldung zu erstatten. Vor dem Kriegsgericht wurde dem Hauptmann in 18 Fällen vorschriftswidrige Behandlung von Untergebenen nachgewiesen. Der Hauptmann hatte die Gewohnheit, in die aufgestellte Kompagnie hineinzutreten und den Soldaten die Wechere an die Köpfe zu stoßen. Ein Soldat bekam vom Hauptmann einen Faustschlag auf die Nase, daß sie anschwellte. Ein anderer, der liegend im Anschlag war, wurde mit dem Kopf an den Gewehrfolben gestoßen. Einen dritten trat der Hauptmann von hinten mit dem Fuß in die Weichteile. Ein vierter bekam mit der Faust einen Stoß auf das Kinn, daß ihm der Helm vom Kopfe flog und der Mann sich in die Junge bis. Ein anderer Mann hatte 14 Tage lang am linken Ohr eine Wunde, die ihm der Hauptmann beigebracht hatte. Wieder ein anderer bekam den Kopf gewaltig nach hinten gestoßen, in diesem Falle war aber der Herr Hauptmann so besorgt, und fing mit der anderen Hand den nach rückwärts schnellenden Kopf wieder auf. In dieser Weise hat der Hauptmann in allen 18 Fällen gehandelt. Vor Gericht will der Hauptmann glaubhaft machen, daß er nicht das Bewußtsein hatte, seine Befugnisse zu übertreten, er habe nicht mit der Faust, sondern mit der „natürlich gekrümmten Hand“ die „Korrekturen“ ausgeführt. Schließlich schreute sich der Offizier nicht, die mißhandelten Soldaten möglichst herabzusetzen. Von einem erzählt er, daß er kein ganzes Hemd mit — in die Kaserne brachte, und daß er vor seiner Dienstreise, man höre — wegen unbedeutender Hauterens bestraft wurde! Ein Stabsarzt bekundet, daß der Hauptmann an Obstipation (Verstopfung) leide und deswegen sehr reizbar sei. Der solbatenqualende Offizier wird mit 43 Tagen Stubenarrest bestraft.

Die gleichen Richter verurteilten eine halbe Stunde später einen Soldaten des 7. Uebaueregiments wegen Ungehorsam und Achtungsverletzung, begangen gegen einen Unteroffizier, zu 2 Monaten 15 Tagen Gefängnis.

Noch mehr als die unerhörte „Strafe“ ist bezeichnend für die Militärjustiz, daß die Anklage in den Verhandlungen, die der Hauptmann beging, keine Mißhandlungen, sondern nur „vorschriftswidrige Behandlung“ erblickte!

Zur Reichstags-Wahl in Neustadt-Bandau.

Die Reichswahl für den verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Schellhorn findet am 20. Juli statt. Eine sozialdemokratische Konferenz, die Sonntag, 27. d. M. in Neustadt abgehalten wurde, stellte den bisherigen Kandidaten, Genossen Josef Huber, Ludwig Hasen wieder auf. Eine nationalliberale Ausschussung beschloß, die Kandidatur Franz Wuhl in Deidesheim der Vertrauensmännerversammlung vorzuschlagen, da der Bund der Landwirte nach der Ablehnung der Erbanfallsteuer nunmehr die hebingungslose Unterstützung dieser ihm genehmen Kandidatur zugesagt hat.

Frankreich.

Die Hege gegen die „Humanität“.

Paris, 28. Juni. (Fig. Ver.) Die traurige Desorganisation der französischen Arbeiterbewegung scheint noch immer nicht zum Stillstand zu kommen. In der Konföderation ist die Aufsicht auf eine Wendung zum Besseren äußerst gering, und auch sonst sieht man Kräfte tätig, das wenige, was noch an Institutionen der Arbeiterklasse aufrecht steht, zu schädigen. Dazu gehört die Kampagne gegen die „Humanität“, die jetzt von revolutionären Syndikalisten unter anarchistischem Kommando geführt wird. Die „Humanität“ hat sich das wahrlich just von dieser Seite nicht verdient. In ihrer „gewerkschaftlichen Tribune“ kamen die revolutionären Syndikalisten häufiger zu Worte als die Reformisten, und sie wurden lange Zeit nicht einmal bei der Betätigung ihrer Reizung, verdiente Parteigenossen zu beschimpfen, eingeschränkt. Dennoch erregte die „Humanität“ den Horn der Revolutionäre, weil sie manche, in beleidigender Form abgefaßte antiparlamentarische Resolutionen anarchistischer Gesellschaften nicht abdruckte. Ramentlich ein „Comité der sozialen Verteidigung“, das unter der Leitung eines begüterten anarchistischen Literaten, des Herrn De Marmande, steht und außer der in seinem Programm stehenden Intervention für Opfer der Klassenjustiz auch antiparlamentarische und „antipatriotische“ Propaganda betreibt, begann an die „Humanität“ mit beleidigenden und erpresserischen Zumutungen heranzutreten, die schließlich sogar für die Gutmütigkeit und vorsichtige Zurückhaltung der Redaktion zu hart waren. Darauf folgte eine offene Kriegserklärung und gestern fand eine große Versammlung statt, die die „Humanität“ als „Organ einer Koterie“ verurteilte. Als Redner traten eine Reihe der bekanntesten Gewerkschaftsführer auf, so der Sekretär der Arbeitersbüchse Wied, der just am Tag vorher einen Artikel in der „Humanität“ veröffentlicht hatte, und eingeschriebene Parteigenossen wie die Herboisten Robert und Perceaux! Es darf hierbei daran erinnert werden, daß der nächste Nationalrat der geeinigten Partei den Uebergang der „Humanität“ in den Parteibesteh regeln soll.

Die „Humanität“ hatte die Einladung zur Versammlung abgelehnt mit der Motivierung, daß sie nicht dazu beitragen wolle, der Bourgeoisie das Schauspiel des inneren Zwistes der Arbeiter-schaft zu geben. Indes hat die kapitalistische Presse auch so ihr Gaudium.

In der Versammlung war etwa ein Drittel der Teilnehmer dem sozialistischen Blatt günstig gesinnt, und zieht man die Zahl seiner täglichen Leser in Betracht, so wird man wohl nicht von der Sorge befallen werden, daß das demagogische Treiben ihm ernstlichen Schaden tun könne. Immerhin, daß es sich so breit machen kann, ist traurig genug — und besonders darum traurig, weil es einem allgemeinen Zustand entsprungen ist, an dessen Herrschaft leider die „Humanität“ selbst nicht unschuldig ist.

Unfall.

Paris, 28. Juni. In der vergangenen Nacht wurden 29 Drähte der Telegraphen- und Telephonlinien Paris-Bordeaux zerschritten und untereinander vollständig verwickelt, um die Wiederherstellung der Leitungen zu erschweren. Aus der Art der „Sabotage“ geht hervor, daß die Riffelröhre sachkundige Leute waren.

Neue Konflikte.

Marseille, 28. Juni. Als die eingeschriebenen Seeleute sich heute früh zur Wiederaufnahme der Arbeit meldeten, fanden sie auf mehreren Dampfern Befehlungen vor, die während des Ausstandes angeworben waren und die zu entlassen die Reedereien sich weigerten. Die Befehlungen von zwei Dampfern erklärten sich mit den eingeschriebenen Seeleuten, die nicht eingestellt wurden, solidarisch und gingen von Bord. Das Syndikat der eingeschriebenen Seeleute beflagte sich telegraphisch beim Marineminister darüber, daß die Reedereien die getroffene Vereinbarung nicht innehielten, und drohte, den Konflikt zu erneuern; mehrere andere Dampfer verließen ohne Zwischenfall den Hafen.

Italien.

Die deutschen Ausweisarten.

Rom, 28. Juni. Deputiertenkammer. In Beantwortung einer Anfrage des Sozialisten Turati wegen der für die von der preussischen Regierung erlassenen Verordnung betreffend Ausweisarten für italienische Arbeiter erklärte der Minister des Inneren Tittoni, der italienische Vorkämpfer in Berlin habe im Auftrage der italienischen Regierung eine Erklärung überreicht, in der ausdrücklich Verwahrung gegen die Rechtmäßigkeit dieser Verordnung zum Ausdruck gebracht worden sei. Tittoni bemerkte dazu, die Verordnung sei nur in Preußen, Sachsen und einigen kleineren Staaten in Kraft. Die Forderung einer einfachen Ausweisart habe er für geschnitten; aber eine Steuer von zwei Mark für die Ausgabe dieser Karte zu verlangen, sei nicht geschnitten, und ebenfalls nicht geschnitten sei die Forderung der Ausweisung, welche denjenigen Arbeitern angeordnet ist, die ihren Arbeitsvertrag brechen. Er wolle damit nicht sagen, daß die bundesstaatlichen Regierungen in Deutschland nicht das Recht hätten, diese Maßnahmen zu ergreifen, sondern nur, daß sie, mit Rücksicht auf die allen Arbeitern vertragsmäßig zugesicherte gleiche Behandlung, nicht das Recht haben, gegen ausländische Arbeiter diese Maßregeln ohne weiteres in Anwendung zu bringen. Zum Schluß erklärte der Minister, die italienische Regierung fordere die Abschaffung der Steuer und die Abschaffung dieser Bedingungen des Arbeitsvertrages, sie werde die Antwort der deutschen Regierung abwarten und ihre Verhandlungen mit der erforderlichen Mühe und Bestimmtheit führen. Sollte die deutsche Regierung sich durch die Einwände der Italiener nicht überzeugen lassen, so werde diese die Entscheidung des Schiedsgerichts anrufen, allerdings sei außer bei Streitigkeiten das Schiedsgericht nicht obligatorisch.

England.

Eine dumme Frage.

London, 28. Juni. Unterhaus. In der heutigen Sitzung richtete Caslake (konservativ) an den Generalstaatsanwalt Sir B. S. Robson die Anfrage, ob seine Aufmerksamkeit auf die Artikel gelenkt worden sei, die vor kurzem in einer Zeitung in Bezug auf den herannahenden Besuch des russischen Kaisers veröffentlicht wurden und in denen zur Ermordung des Kaisers angereizt wurde. Der Fragesteller hat um Auskunft, welche Schritte in dieser Angelegenheit unternommen werden würden. Der Generalstaatsanwalt erwiderte, er habe die Artikel gesehen, und sie seien von höchst kräftigem Charakter; aber im Hinblick auf den herannahenden Besuch des russischen Kaisers halte es die britische Regierung nicht für ratsam oder nötig, jetzt oder überhaupt irgend eine Mitteilung über ihre Absichten bezüglich der Schritte zu machen, die gegen die für die betreffenden Artikel verantwortlichen Personen zu unternehmen seien.

Schweden.

Ermordung eines Generals.

Stockholm, 27. Juni. Der Chef der Küstenartillerie, Generalmajor Wedmann, wurde gegen Mitternacht in dem mitten in der Stadt gelegenen Königsgarten durch einen Revolverschuss in den Rücken getötet. Der Täter, ein schwedischer Arbeiter, erschoss sich sofort. Tages „Nyheter“ bringt folgende Einzelheiten über den Mord: Einige Offiziere, darunter Generalmajor Wedmann und Kommandeur Dahlgren nebst Damen passierten kurz nach 12 Uhr den Karl XII.-Markt. Plötzlich sprang ein Mann in Arbeitskleidung hervor und feuerte mehrere Revolverschüsse ab, von denen einer den Generalmajor Wedmann im Rücken, der andere, der gegen den Kommandeur Dahlgren gerichtet war, einen Arzt Levander in der Hüfte traf. Unmittelbar darauf richtete der Mörder drei Schüsse gegen seinen eigenen Kopf und stürzte bewußtlos nieder. Er sowohl wie der General, der bewußtlos auf dem Boden lag, wurden in sofort herbeigerufenen Automobilen ins Krankenhaus geschafft. Der General war jedoch bei der Ankunft bereits tot.

Wie die Polizei mitteilt, ist der Mörder des Generalmajors Wedmann heute früh um 9 Uhr im Hospital gestorben. Er ist ein Arbeiter Adolf Hjalmar Wang. Man fand bei ihm ein Paket mit Exemplaren der Zeitung „Brand“, und nimmt an, daß er von dem Vertrieb dieses Blattes lebte. Dr. Levander befindet sich außer Gefahr.

Persien.

Die Unruhen.

London, 28. Juni. Die ein Morgenblatt aus Teheran meldet, die Unruhen in Teheran sind nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Sardar Asjad, der Kern der Auseinandersetzungen war, daß der Vormarsch der Wächtern äußerst unlegitim komme, weil er die Wiederaufrichtung der Verfassung hindere hat sie zu erleichtern. Sardar Asjad soll erklärt haben, er werde bis zum Zusammenritt des Reichstages in Rum bleiben. Inzwischen wächst die Sorge der Royalisten, von denen manche schon um Zuflucht in den Gesandtschaften nachgesucht haben sollen. Saad ed Dauleh hat auf Wunsch

Die Wächtern.

Teheran, 27. Juni. Gestern und heute hatten der britische und russische Geschäftsträger durch Vermittlung ihrer Generalkonsuln, die sich in Rum befinden, Unterhandlungen mit Sardar Asjad. Der Kern der Auseinandersetzungen war, daß der Vormarsch der Wächtern äußerst unlegitim komme, weil er die Wiederaufrichtung der Verfassung hindere hat sie zu erleichtern. Sardar Asjad soll erklärt haben, er werde bis zum Zusammenritt des Reichstages in Rum bleiben. Inzwischen wächst die Sorge der Royalisten, von denen manche schon um Zuflucht in den Gesandtschaften nachgesucht haben sollen. Saad ed Dauleh hat auf Wunsch

des Schahs seine Demission zurückgezogen, dagegen hat der Kriegsminister demissioniert. — Die Rationalisten haben in dem Gefecht bei Reschid gegen die Russen 130 Mann verloren.

Thronwechsel?

Frankfurt a. M., 28. Juni. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Teheran: Der Schah hat seinen Varem nach Teheran geschickt und alle Munition nach Sultanabad gezogen. Bill es Sultan wird hier erwartet. Er ist vermutlich von den Wächtern für den Thron bestimmt.

Gegen das Ministerium.

Teheran, 28. Juni. (Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Partei Usis el Mulls fordert vom Schah die Entlassung Saad ed Dauleh und des von fremden Gesandtschaften empfohlenen Kabinetts, an dessen Stelle ein Kabinett aus der Mitte der Partei mit diktatorischen Vollmachten zu treten habe. Die Bewegung nimmt einen scharf nationalen Charakter an.

Soziales.

Konkurrenz der Gefangenenarbeit.

Die „Ostdeutsche Rundschau“ bringt in ihrer letzten Nummer folgendes Inserat:

Gefangenen-Arbeitskräfte.

Am 1. Dezember d. J. sollen circa 30 männliche Gefangene auf 6 Jahre zu Industrie- oder Handarbeiten an Unternehmer vergeben werden.

Ausgeschlossen ist die Beschäftigung mit Strumpfwirkeri, Zigarettensmuckerei und Tischlerei. — Die zu stellende Kaution beträgt für jeden Gefangenen 40 M. (folgt Angabe über den Termin zur Einbringung der Angebote usw.)
Crona a. W., 16. Juni 1909.

Königliche Strafanstalt.

Noch immer gibt es Arbeitslose genug, denen durch solche Konkurrenz, die hier dem freien Arbeiter gemacht wird, die Möglichkeit genommen wird, Beschäftigung zu erhalten. Die Strafanstalten fanden wohl für die Gefangenen andere nützliche Beschäftigung, ohne diese billigen Arbeitskräfte mit industrieller Tätigkeit zum Schaden des betreffenden Gewerbes zu beschäftigen.

Lehrlingsverhältnisse.

Der Musikdirektor Schulz zu Frankfurt a. O. hat in seiner Musikapelle eine Anzahl Lehrlinge, die bei ihm in Kost und Logis sind. Der Lehrling Seidel verließ mit Zustimmung seines Vaters, des Schneidemeisters Seidel, die Lehre bei Schulz vor Ablauf der durch schriftlichen Vertrag festgelegten Lehrzeit und weigerte sich, in die Lehre zurückzukehren. Darauf erließ gemäß einem Antrage des Direktors Schulz die Polizeiverwaltung auf Grund des § 127d der Gewerbeordnung eine Verfügung, durch die sie unter Androhung einer Geldstrafe anordnete, daß Seidel binnen drei Tagen in die Lehre zurückkehren solle. Der Lehrling, vertreten durch seinen Vater, klagte im Verwaltungsstreitverfahren auf Aufhebung der Verfügung. Er machte geltend, daß er nach § 127b Abs. 3 der Gewerbeordnung zum Verlassen der Lehre berechtigt gewesen sei, weil der Lehrherr seine geschuldenen Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer die Gesundheit und Ausbildung des Lehrlings gefährdenden Weise vernachlässigt habe. — Der Bezirksauschuss erhob Beweis. Der 23 Jahre alte M., der vom November 1906 bis zum März 1909 bei Schulz als Musiker war, hatte die Ueberzeugung, das Seidel ausreichend unterrichtet wurde. Der Zeuge vertrat den Direktor, wenn dieser nicht anwesend war. M. selbst hat jedoch einem als Zeugen ebenfalls vernommenen Malermeister erzählt, daß der Direktor mit ihm, seinem Vetter, einmal drei Tage und drei Nächte durchgeschneipt habe und daß sich beide wegen der Folgen auch am vierten Tage nicht um die Lehrlinge kümmern können. Der Vorfall wurde von mehreren Lehrlingen bestätigt. Ein Lehrling meinte, daß an Tagen, wo nachmittags Konzerte waren, für gewöhnlich dreimal in der Woche, besondere Ausbildungsstunden nicht abgehalten wurden. Ueber Kost und Logis wurde von den vernommenen Lehrlingen ausgesagt: Die für zu dem Schlafzimmer, in welchem sechs Betten standen und das nur 2,10 Meter hoch war, sei entzwei gewesen. Die Lehrlinge hätten oft die Füllung, weil sie herausgefallen war, wieder einsehen müssen. Der Ofen im Schlafzimmer heizte nicht. Vier Wochen lang war die Fensterhebe entzwei. Wannen gab es auch. Die Wurst auf den Stullen roch häufig, so daß die Lehrlinge sie herunterschmeißen mußten. Das Brot, das im Keller aufbewahrt wurde, hatte Schimmelschwarz. Pfefferkörner und Teller wurden nicht reinlich gehalten; einer der Zeugen hat deshalb manchmal nicht gegessen. Man konnte vom Brot essen, so viel man wollte, der Direktor schimpfte aber, daß so viel gegessen würde. Fleisch gab es nur drei- bis viermal wöchentlich in der Woche. Kartoffeln spielten eine große Rolle. Es kam vor, daß es dreimal hintereinander Pfefferkörnern und Hering gab; mittags, abends und am anderen Mittag. Der Bezirksauschuss wies trotz dieses Ergebnisses der Beweisaufnahme die Klage ab. Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts hob am Montag vergangener Woche das Urteil auf und setzte die Verfügung der Polizeiverwaltung außer Kraft. Der Senat nahm an, daß eine Vernachlässigung der Pflichten des Lehrherrn vorliege. Es komme in Frage, daß die Lehrlinge häufig verunreinigtes Brot erhielten und daß der Lehrherr mit dem einzigen Aufsicht führenden Musikergehilfen drei Tage und drei Nächte durchgeschneipt und daß sie auch noch am vierten Tage unfähig waren, die Lehrschrift zu erfüllen. Hingzu komme, daß das Fleisch auf den belegten Butterbroten öfter gesunken habe, daß Wannen da waren, daß eine Zeitlang die Türöffnung des Schlafzimmers entzwei war und daß das Fenster vier Wochen lang keine Scherben hatte. Das seien Zustände, die einem für seinen Sohn besorgten Vater wohl berechtigen anzunehmen, daß der Sohn dort nicht länger bleiben dürfe. Die polizeiliche Verfügung, zurückzuführen, sei deshalb nicht berechtigt.

Entgegen der Polizeiverwaltung und dem Bezirksauschuss hat hier das oberste preussische Verwaltungsgericht den Lehrling vor geistiger, körperlicher und moralischer Verwahrlosung geschützt. Wird nun gegen den polizeilich begünstigten Lehrherrn Klage erhoben werden? Ob eine Anklage Erfolg haben wird, läßt freilich unsere Klassenjustiz wenig wahrscheinlich erscheinen. Das beweist der von uns am Mittwoch aus Havel gemeldete Freispruch des Bürgermeisters und Lehrherrn eines zu Tode geprägten Lehrlings, welcher letzterer den ihn mißhandelnden Lehrherrn der Wahrheit entsprechend erklärt hatte, seine Tochter habe einen Kochtopf zum Urinieren benutzt.

Der Kampf um den Judaslohn.

Der Schriftsteller Friedrich Wenzel, Nordufer 11 wohnhaft, ersucht um die Mitteilung, daß nicht er der im Artikel „Der Kampf um den Judaslohn“ in Nr. 147 des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 27. Juni, erwähnte Schriftsteller ist. Diesem Wunsch kommen wir gern nach.

Denkschrift über die Arbeitslosenversicherung.

Die bairische Regierung hat eine Denkschrift veröffentlicht, die in ziemlich ausführlicher alle Punkte einer weitgehenden Arbeitslosenversicherung erörtert.

Ueber den Begriff der Arbeitslosigkeit wird gesagt, daß der als arbeitslos gilt, der als arbeitswilliger und arbeitsfähiger Arbeitnehmer seine Beschäftigung verloren, eine andere angemessene Beschäftigung noch nicht gefunden hat und sie zurzeit nicht finden kann. Die öffentliche Fürsorge habe dann einzutreten, wenn die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung auftritt. Es sind drei Arten von Maßnahmen zu treffen, nämlich: Vorbeugung, Be-

kämpfung und Fürsorge, Notstandsarbeiten kämen nicht in Frage, sie seien teuer und unwirtschaftlich. Freiwilliges Aufgeben und Nichtannahme angebotener Arbeit schließt die Unterstützung aus.

Es werden dann von 13 europäischen Ländern die Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften vom Jahre 1907 aufgeführt; an der Spitze stehen England mit 6 594 857 M. und Deutschland mit 6 729 926 M. Von den 6 729 926 M. deutscher Unterstützungen entfallen auf die freien Gewerkschaften allein 6 527 577 M.

Das Genter System ist in 27 belgischen, 36 französischen, 9 holländischen, 7 luxemburgischen und 2 deutschen Gemeinden und Städten eingeführt, die fakultative Arbeitslosenversicherung besteht in Bern, Bologna, Basel, Genf, Köln, Leipzig und Genedig. — Mit den Gewerkschaften hat man beim Genter System in Strahburg und München gute Erfahrungen gemacht. Mit Bezug auf Strahburg wird gesagt:

„Die Gewerkschaften erfüllen die an sie gestellten Anforderungen bei der Vorführung und Abrechnung durchaus; im formalen Verlehe war nicht die geringste Störung zu verzeichnen. Die Gewerkschaften brachten den Entscheidungen des Arbeitsamtes volles Vertrauen entgegen.“

Es wird noch hinzugefügt, daß die ersperrische Wirkung des Genter Systems auf die Arbeitslosen unerkennbar sei. In München wurden unter Aufsicht der Gewerkschaftsleiter 50 000 Mark an Arbeitslose verteilt. Die Denkschrift sagt dazu hierüber:

„Das Zusammenarbeiten der behördlichen Organe mit den Gewerkschaften hat sich bei dieser Gelegenheit durchaus bewährt.“

Die Denkschrift erklärt sich rückhaltlos für das Genter System, das allen anderen Systemen an Umfang und organisatorischer Durchbildung bedeutend überlegen sei und eine immer größere Verbreitung gewinne. Sein Wesensmerkmal sei die Ermunterung der Selbsthilfe, durch Antehaltung an Arbeiterverbände und die Mitkontrolle dieser Verbände. Für die Stadtverwaltungen lägen die Vorzüge des Genter Systems darin, daß die eigenen Verwaltungsstellen auf ein geringes herabgemindert, die Eingehung der Beiträge, die Kassenführung und ein Teil der Kontrolle von den Verbänden übernommen werden. Die Bedenken gegen die Einführung des Genter Systems, daß es den Verbänden neue Mitglieder zuführe und somit ihre Kampfmittel stärke, träfen nicht zu. Das Genter System habe für die organisierten, das Arbeiter für die nichtorganisierten Arbeitslosen Platz zu greifen. Die letzteren sind eventuell durch eine obligatorische Versicherung zur Beitragszahlung zu zwingen.

Sie städtischen Arbeitsnachweise sind tunlichst so zu gestalten, daß sie den gesamten Arbeitsmarkt beherrschen und in Fühlung mit anderen Arbeitsnachweisen, den Gewerbetreibenden, den Arbeitern und deren Organisationen den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herbeiführen vermögen. Die Oberleitung des städtischen Arbeitsnachweises, der städtischen Notstandsarbeiten und der Arbeitslosenversicherung ist in einer Hand zu vereinigen. Zu diesem Behufe sind die Arbeitsnachweise zu Arbeitsämtern auszubilden und umzugestalten. — Die aufgestellten Leitende sollen im Ministerium unter Einwirkung von Vertretern verschiedener Körperschaften und gewerkschaftlicher Verbände beraten und auf die Durchführbarkeit geprüft werden.

Ein widerlicher Kampf.

gegen das Arbeitsamt der Stadt Stuttgart erregt zurzeit die Stuttgarter Arbeiterschaft. Dem Arbeitsamt ist es durch seine vorbildlichen Einrichtungen gelungen, die private Stellenvermittlung fast ganz auszuschalten. Für die verschiedenen Berufe sind besondere Abteilungen gebildet. Um den Arbeitsnachweis zu konzentrieren und so einen klaren Ueberblick über die Arbeitsnachfrage zu gewinnen, jedes Bedürfnis nach Arbeitskräften sofort befriedigen zu können, haben eine ganze Anzahl freier Gewerkschaften und auch Unternehmerorganisationen dem Amt die Auszahlung der Unterstützungen übertragen. Der Schachmachers im Unternehmertum ist das städtische Arbeitsamt selbstverständlich ein Dorn im Auge, verhindert es doch die Schaffung von Unternehmer-Arbeitsnachweisen und Ratgeberbüros. Die „Christen“ sind nicht gut auf das Arbeitsamt zu sprechen, weil die Auszahlung der großen Unterstützungssummen an Mitglieder der freien Gewerkschaften in Gegenwart der unterstützungsbedürftigen „christlichen“ Arbeiter nicht eben oquitatorisch für die „christlichen“ Gewerkschaften wirkt. Das gleiche trifft auf die Hirsch-Dunderschen zu. Diesen beiden Organisationen ist zwar schon wiederholt nahegelegt worden, die von ihnen gewährten Unterstützungen gleichfalls durch das städtische Arbeitsamt auszugeben zu lassen; sie mögen aber ihrer tiefen Armut nicht zahlenmäßig feststellen lassen und der öffentlichen Kontrolle unterstellen. Sehr unbequem ist den beiden letztgenannten Organisationen auch, daß das Arbeitsamt so gar nicht danach fragt, ob ein „Koter“ oder ein bescheidener haushaltend gesinnter Arbeitsloser Arbeit wünscht. So haben sich Zentrumschristen, Demokraten, konservativ und liberale Schachmacher zusammengetan, um dem städtischen Arbeitsamt das Lebenslicht auszublasen. Sie geben zwar vor, nur gegen eine angeblich „parteiliche“ Geschäftsführung des Arbeitsamtes zu stehen, in Wirklichkeit gilt aber der Kampf dem Arbeitsamt selbst. Es wurde das Gerücht verbreitet, ein Beamter des Arbeitsamtes habe von den freien Gewerkschaften Geld genommen; so erklärte sich, daß bei der Arbeitsvermittlung die „Koten“ bevorzugt würden. Es stellte sich aber bald heraus, daß der betreffende Beamte bei der Auszahlung der Unterstützungssummen ein kleines Ranfo zu verzeichnen hatte, wie das dem gewissenhaftesten Kassierer passiert. Diese wenigen Mark waren ihm erjekt worden. Der Zentrumsabgeordnete, „Arbeitersekreter“ Andree, der im Landtag schon vor Monaten die schwersten Angriffe gegen das Arbeitsamt gerichtet hat, ist bis heute jeden öffentlich kontrollierbaren Beweis schuldig geblieben. Zur Bekämpfung seiner Beschuldigungen ist von christlich-gelber Seite eine Versammlung arrangiert worden, in der ein paar Mann herbeiwagliche Klagen aufstimmten, daß das Arbeitsamt ihnen keine Arbeit anweise, sondern andere bevorzuge. Zum Schluß wurde dem Zentrumsabgeordneten Andree Dank ausgesprochen für seine am Arbeitsamt gelebte Kritik. Diese Versammlung vollendete die Masche der „Christen“ und ihrer Helfershelfer. Unser Stuttgarter Parteiorgan wies nämlich sofort nach, daß der Leiter dieser in der Zentrumspresse und im konservativen Organ weidlich ausgeschlachteten Versammlung ein Mann ist, der der Arbeit in weitem Vogen aus dem Wege zu gehen pflegt und es auch fertig bringt, so drei Viertel des Jahres ohne Arbeit auszukommen. Einem anderen Kronzeugen des Zentrumsabgeordneten Andree hatte das Arbeitsamt schon 3mal Stellen vermittelt, dem dritten gar 23 Stellen. So sehen die „Märtyrer“ und Kronzeugen der „Christen“ Stellen. So sehen die „Märtyrer“ und Kronzeugen der „Christen“ und Schachmacher aus. Das schäufte an der ganzen Geschichte war, aufs Korn genommene Beamte des Arbeitsamtes auch nicht den Leistungen roten Schimmer aufzuweisen, sondern — der christlichen Seite zuneigte und bei der Wahl als früherer China-Kämpfer den Sieg davongetragen hatte über den freigeorganierten Kandidaten! Die mit den Verhältnissen nicht recht vertrauten Christen hatten in der Eile den eigenen Mann „verfälscht“.

Das widerliche an der ganzen Affäre ist aber die standalöse Haltung der Stadtverwaltung mit dem demokratischen Oberbürgermeister v. Gauh an der Spitze. Statt die Unternehmung energisch zu fördern, sieht die Stadtverwaltung dem Treiben der Gegner des städtischen Arbeitsamtes gelassen zu. Wohl ist versprochen worden, bald und energisch Grund zu machen, aber seit Wochen und Monaten hört und sieht man nichts von der gelobten energischen Untersuchung, so daß die Vermutung ausgesprochen wurde, die Untersuchung sei noch gar nicht eingeleitet. Eine Interpellation unserer Genossen in der Sitzung der bürgerlichen Kollegien beantwortete der Oberbürgermeister mit Verbindungen der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher und mit Schimpereien auf unser Parteiorgan, das die Maßnahmen der „Christen“ und „Demokraten“ aufgedeckt und während geltend gemacht hatte. Die bürgerliche Mehrheit des Gemeinderats lehnte sodann die Besprechung der Interpellation unserer Genossen ab und erwiderte so, daß dem Oberbürgermeister die verdiente Antwort wurde. In der nächsten Zeit wird wohl die Gesamtarbeiterchaft Stuttgarts in öffentlicher Versammlung Stellung zu der Sache nehmen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Ausstand der Berliner Bauklemmer beendet.

Nachdem am Montag, den 21. Juni, die Berliner Bauklemmer den Schiedspruch des Einigungsamtes des Gewerbegerichts abgelehnt hatten, fanden am 23. Juni nochmals Verhandlungen auf dem Gewerbegericht statt. Im Verlaufe dieser Verhandlungen konzedierten die Arbeitgeber noch folgendes: Es soll an den letzten Arbeitstagen vor den hohen Feiertagen zwei Stunden früher Feierabend sein und diese zwei Stunden sollen im Lohn bezahlt werden. Außerdem soll es nicht erst bei einer Entfernung von 4 Kilometer, sondern bereits nach 3 1/2 Kilometer Entschädigung für Fahrgehalt geben.

Die Vorschläge wurden am Sonnabend der Versammlung der Streikenden unterbreitet und nach lebhafter Debatte mit 221 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Sodann aber wurde weiter debattiert über die Frage, ob in absehbarer Zeit durch Fortführung des Streiks noch wesentliches zu erreichen sei. Diese Frage wurde von den meisten Rednern verneint und der Vorschlag gemacht, den Streik abzubrechen. Dieser Vorschlag ist mit 188 gegen 125 Stimmen angenommen wurde und ist damit der Kampf der Berliner Bauklemmer beendet.

In einer allgemeinen Klemmerversammlung, die gestern abend in den Andreasfälen stattfand, berichtete Cohen über diesen Ausgang der Bewegung. Große Aufregung und Unruhe entstanden und manche Unzufriedenheit gab sich kund. Von dem Beschluß der Streikenden wurde Kenntnis genommen und ihrer Haltung während der 13 Wochen des Kampfes Anerkennung gezollt. Der Vertreter der Christlichen trat auf und empfahl — Mäßigung bei künftigen Lohnkämpfen. Der Vertreter der Hirsch-Dumerschen gab zu bedenken, ob es nicht besser wäre, den Schiedspruch anzunehmen, aber er begegnete starkem Widerspruch in der Versammlung, die ziemlich stürmisch verlief.

Die Lohnbewegung der Stales.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung der Stalessektion des Bauhilfsarbeiterverbandes, die am Sonntag im Gewerkschaftshaus stattfand, beschloß nach einem Referat Koals und gründlicher Diskussion, die im vorigen Jahre gestellten Forderungen den Unternehmern von neuem vorzulegen. In der Hauptsache werden gefordert: 65 Pf. Stundenlohn für beide Gruppen des Berufs, Holzarbeiter und Schütler; neunstündige Arbeitszeit mit der Einschränkung, daß Sonnabends eine Stunde, am Tage vor den Feiertagen zwei Stunden früher Feierabend gemacht wird. Für Ueberstunden werden 10 Pf. Zuschlag verlangt. Daran schließen sich noch einige Forderungen über Festsetzung der Akkordlöhne, Vergütung der Lauf- und Fahrzeit usw. In der Diskussion trat die Meinung hervor, daß die Unternehmer sich kaum sträuben werden, die 65 Pf. Stundenlohn zu zahlen, und daß, wenn heute vielfach weniger gezahlt wird, es hauptsächlich daran liegt, daß die Stales in ihrer allzu großen Bescheidenheit sich damit meist stillschweigend zufriedengaben. Alle Redner verlangten dringend, daß die Durchführung der Forderungen so viel wie nur möglich beschleunigt werde. Einstimmig nahm die Versammlung eine Resolution an, in der, mit der Begründung, daß die jetzigen Löhne nicht ausreichen, den Pflichten gegen Familie, Staat und Kommune gerecht zu werden, die Einreichung der Forderungen beschlossen, und im übrigen erklärt wird, daß die Stales in die zu wählende Lohnkommission das Vertrauen setzen, daß sie sich bemüht, die Angelegenheit auf schnellstem Wege zu erledigen. Auf die am Montag an die Unternehmer abgesandten Forderungen wird bis spätestens Montag, den 5. Juli, um Antwort ersucht. In die Lohnkommission wurden **Koal, Dupie, Buch und Schmann** gewählt.

Deutsches Reich.

Schon wieder schwarze Listen!

Sechs seiner berichtigten Verrücktheiten versandte der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller am 15., 18. und 19. Juni, durch die 187 Arbeiter und 12 Arbeiterinnen an freiwilliger Arbeit gehindert werden sollen.

Vom Kieler Kriegsschauplatz

berichtet die bürgerliche Presse, daß in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend gegen Arbeitswillige Exzesse verübt worden sind. Zwei Arbeitswillige sollen durch Messerstiche übel zugerichtet sein. Der Tischler Wud soll irrtümlich als Arbeitswilliger angesehen und durch einen Schuß in den Hals verletzt worden sein.

Was an der Verletzung der Arbeitswilligen wahr ist, läßt sich im Augenblick nicht ermitteln, da die Arbeitswilligen abgeschlossen sind, die bürgerliche Presse ihre Berichte aber durch die Polizei erhält. Der Tischler Wud ist tatsächlich in den Hals geschossen und liegt im Krankenhaus. Auch hier ist noch nicht festgestellt, wer den Schuß abgegeben hat. Anzunehmen ist aber, daß Wud, der abends an dem Straßenreinigungsdépôt vorbeiging, den Schuß von Arbeitswilligen erhalten hat, denn nur diese sind mit Revolvern bewaffnet. Die Arbeitswilligen werden jetzt nach Feierabend im Depot festgehalten. Die Revolver haben sie auf endlich gestelltes Verlangen freiwillig ihren Vorgesetzten abgeliefert — so berichtet der Magistrat den bürgerlichen Blättern. Man beachte wohl: Die Revolver sind ihnen nicht abgenommen, sondern sie haben sie freiwillig abgeliefert! Damit ist also gar keine Gewähr gegeben, daß nicht noch mancher Arbeitswillige Besitzer eines Revolvers ist. Die Polizeibehörde hat ihren vielen willkürlichen Maßnahmen eine neue hinzugefügt: Vier Restaurationen in der Nähe des Straßenreinigungsdépôts ist durch polizeiliche Verfügung bis auf weiteres die Schließung der Wirtschaft von 10 Uhr abends angeordnet worden. Die Polizeistunde tritt sonst erst um 1 Uhr nachts ein; ferner sind drei Stiehhierhallen in der Nähe des Dépôts Sonntag nachmittags bis auf weiteres geschlossen worden. Gründe für diese Maßnahmen hat die Polizei bisher nicht angegeben.

Wie verlautet, sind auf Bitte des Kieler Polizeipräsidenten vierzig Berliner Schutzleute zur Verstärkung der Kieler Polizeimannschaften in Kiel eingetroffen.

Lohnbewegung im Töpfergewerbe.

Der Abwehrkampf der Töpfer in Elbing ist nach sechswochenlanger Dauer mit gutem Erfolg beendet. Es gelang nicht nur, die Angriffe der Unternehmer auf den bestehenden Tarif zurückzuweisen, es wurden vielmehr auch noch recht annehmbare Verbesserungen des Lohnverhältnisses erreicht. Diesen Erfolg haben trotz mangelhafter Konjunktur die Töpfer Elbings vor allem ihrem eigenen geschlossenen Zusammenhalten und der guten Organisation zu verdanken. Der neue Tarif wurde auf zwei Jahre festgelegt. — In Rathenow, wo die Unternehmer den bestehenden Tarif gleichfalls zwecks Abzugs gekündigt hatten, wurde dieser Unternehmertarif ebenfalls auf der ganzen Linie gewährt. Es gelang nicht nur, die alten Positionen zu erhalten, es wurde auch die altdeutsche Arbeit, die bisher nicht tarifiert war, mit guten Verbesserungen dem alten Tarif als Anhang einverleibt. Die neuen Abmachungen haben bis zum 1. Mai 1911 Gültigkeit. In Sommerfeld (Rauzig) wird es in der Tonwarenfabrik von Holl u. Areny am 1. Juli zu einem Abwehrkampf kommen. Hier hatte die Firma den Tarif gekündigt und ist zwar nunmehr von Abzügen zurückgetreten, will aber den alten Tarif partout auf weitere 3 Jahre ohne jede Verbesserung festgelegt wissen. Hierauf konnten aber die Töpfer angesichts der notorisch niedrigen Löhne und der sonstigen mangelhaften Einrichtungen nicht eingehen, so daß sich

die Verhandlungen zerlegten. Es werden also am 1. Juli circa 40 Töpfer dieser Sommerfelder Firma in den Kampf eintreten.

Die Holzarbeiter in Rheinland-Westfalen nützen ihren Erfolg über den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe aus. Nachdem in der vorigen Woche die abgeschlossenen Verträge auf dem Gewerbegericht Effien deponiert waren, wurde mit dem Arbeitgeberbund zunächst vereinbart, daß das Bezirksleistungsamts seinen Sitz in Effien haben soll. Als Vorsitzender desselben wurde Bezirksleiter Rath gewählt. Die Schlichtungskommissionen in den Vertragsorten sollen bis zum 1. Juli gewählt sein. In Dortmund, Gelsenkirchen, Wanne, Kottbusen, Eifel, Hühlinghausen haben die meisten den Arbeitgeberbund nicht angehörenden Firmen nun ebenfalls den Vertrag anerkannt. Die Streikenden sind bis auf zehn Mann in Dortmund, die in den nächsten Tagen Arbeit erhalten dürften, überall sofort wieder eingestellt.

Jetzt haben die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen den Unternehmern in Hagen und Recklinghausen Forderungen unterbreitet. Verlangt wird in Hagen an Stelle der 50stündigen die 54stündige Arbeitszeit und 6 Pf. Lohnerhöhung. In Recklinghausen wird verlangt: 50stündige, bisher 60stündige, Arbeitszeit und 7 Pf. Lohnerhöhung. Außerdem soll der in Dortmund usw. durchgeführte Vertrag anerkannt werden. Da die Unternehmer in Hagen bis zum 23. dieses Monats nicht geantwortet hatten — denselben war bei Einreichung der Forderungen drei Tage Bedenkzeit gegeben —, wurde an diesem Tage von den Tischlern die Kündigung eingereicht und wird nach Ablauf derselben die Arbeit eingestellt werden, wenn sich bis dahin die Unternehmer nicht eines besseren befinden und die Forderungen bewilligen. In Recklinghausen boten die Unternehmer Verhandlungen an. Diese finden gegenwärtig statt. Es scheint, als ob auch hier durch Einreichung der Kündigung erst nachgeholfen werden muß. Dieses wird geschehen, wenn in den nächsten Tagen eine Einigung nicht erzielt wird. Zugang ist nach beiden Orten fernzuhalten.

Eine Mitgliederversammlung der Verwaltung Dortmund des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärte, der auf der Hamburger Generalversammlung angenommenen Resolution zur Raiffeiser nicht zustimmen zu können, da sie gegen Beschlässe früherer Arbeiterkongresse verstößt. Die Versammlung mißbilligt desgleichen entschieden die Verhöhnung der Raiffeiser, wie sie in der zur Generalversammlung herausgegebenen Mitteilung enthalten sei. Die Versammlung sprach weiter die Erwartung aus, daß die Generalkommission der Gewerkschaften und der Parteivorstand sich über eine brauchbare Grundlage zur Unterstützung der aus Anlaß der Raiffeiser Gemahregelungen einigen, desgleichen erwartet die Versammlung, daß auf der nächsten Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes die Raiffeiserresolution wieder aufgehoben wird.

Aus dem Hamburger Aussperrungsgebiete.

Die wir schon berichteten, erwartet man am 1. Juli eine Wendung im Kampfe. Ob diese Annahme sich als richtig erweisen wird, muß vorläufig abgewartet werden.

Aus den Reihen der ausländischen Maurer und Bauhilfsarbeiter sind bei dem Gewerbegericht eine Anzahl Klagen anhängig gemacht, weil die Unternehmer widerrechtlich das Akkordverhältnis durch die Aussperrung aufgehoben haben. In Arbeiterkreisen erwartet man mit Spannung das Urteil, da es sich vielfach um große Summen handelt. Wenn das Urteil für die betroffenen Unternehmer ungünstig ausfällt, werden hunderte anderer Klagen folgen. Das Gewerbegericht hat den Verhandlungstermin schon mehrfach verlagert, was in Arbeiterkreisen zu allerlei Mutmaßungen geführt hat, man fragt sich verwundert, warum das Gewerbegericht diesmal so ungeschlüssig ist.

Die Aussperrung in Harburg ist nicht so umfangreich, wie man zuerst angenommen hat. Es sind von circa 400 Mitgliedern des Maurerverbandes 104 ausgesperrt. Zimmerer sind 120 ausgesperrt Bauhilfsarbeiter 116, und andere Arbeiter, die hauptsächlich als Bauhilfsarbeiter am Bau arbeiten, aber als Mitglieder anderer Organisationen angehören (Fabrikarbeiter, Transportarbeiter usw.) sind zusammen 98 ausgesperrt, so daß in Harburg insgesamt 435 Arbeiter ausgesperrt sind.

Bei diesen Zahlen ist zu beachten, daß die Zimmerer nach erfolgter Aussperrung eine Anzahl ihrer noch in Beschäftigung stehenden Kollegen aus tatsächlichen Gründen veranlaßt, die Arbeit einzustellen.

Die Mitglieder der christlichen Organisation, ebenso die vom Bochumer Verbands (polnisch), sind nicht von der Aussperrung betroffen. In der Gemeinde Wilhelmshurg gehören die Unternehmer des Baugewerbes der Harburger Innung an. Diese haben ebenfalls einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeiter ausgesperrt. Einige Unternehmer in Wilhelmshurg haben sogar ihre Lehrlinge angesehen lassen. Im ganzen sind in Wilhelmshurg 165 Arbeiter ausgesperrt.

Christliche und freie Gewerkschaft im Lithographie-Steingebiete.

Bekanntlich hat die Unternehmervereinigung der Sollenhofener Lithographie-Steinindustriellen alle christlich-organisierten Arbeiter ausgesperrt, weil sie eine Verschlechterung des vor zwei Jahren mit dem christlichen Verbands abgeschlossenen Tarifes nicht annehmen wollten. Die übrigen Arbeiter wurden weiter beschäftigt. Unter diesen befindet sich auch ein kleiner Teil in der freien Gewerkschaft organisierter Steinarbeiter, die in einer Versammlung zu der Frage Stellung nahmen, ob sie etwa den Streik der Christlichen durch einen Sympathiestreik unterstützen sollen. In der Versammlung wurde eine Reihe von Bedenken gegen eine solche Sympathiebekundung an die Christlichen geltend gemacht; vor allem wurde darauf hingewiesen, daß die Christlichen seit Jahren die Freiorganisierten durch Demunziationen und Verdächtigungen aus dem Betriebe hinauszubringen suchten. Die vor der Aussperrung erhobene Forderung, bei den Verhandlungen mit den Unternehmern auch die Freiorganisierten zuzulassen, wurde von den Christlichen schroff zurückgewiesen. Außerdem wurde der Gauleiter des Steinarbeiterverbandes, als er wenige Stunden vor der Aussperrung in einer christlichen Versammlung, die sich mit der Bewegung befaßte, das Wort ergreifen wollte, in der empörendsten Weise behandelt. In der gleichen Versammlung hob der christliche Zentralvorsitzende mit Pathos hervor, die Unternehmer dürften froh sein, daß die Bewegung nicht in die Hände der Sozialdemokraten gekommen sei, sonst ginge es den Unternehmern noch schlechter.

Alle diese und andere Vorurteile erschienen der Versammlung nicht geeignet, Vertrauen in die Standhaftigkeit der Christlichen zu setzen. Die Zentralleitung des Steinarbeiterverbandes hatte es daher ihren Mitgliedern freigestellt, ob sie in den Streik mit eintreten wollten oder nicht. Nach lebhafter Debatte beschloß die Versammlung in geheimer Abstimmung, den Sympathiestreik nicht zu proklamieren.

Polizeiliche Arbeitswilligenfürsorge.

Der Arbeiter der Dingerfabrik Silbermann in Ludwigs-hafen a./Rh. sind seit 10. Mai ausgesperrt, weil sie sich weigerten, den feierlichen Lohnvertrag weiterbestehen zu lassen. Es ist jetzt der Firma gelungen, durch Vermittlung eines Agenten Heßberger aus Altona, 16 Arbeitswillige aus Effien zu bekommen, die aber die Fabrik wegen der ihnen ungewohnten mörderischen Arbeit verlassen wollten. Die Arbeitswilligen werden innerhalb der Fabrik durch Polizei genau so beschützt wie außerhalb der Fabrik. Zu diesem Zwecke haben die Schutzleute **Lorschlüssel**; wird ein Wagon herauftransportiert, so ist polizeiliche Begleitung dabei. Sonst sind alle Tore verschlossen. Ein Arbeitswilliger wollte durch das geöffnete Fenster mit den Streikposten sprechen, die Polizei befahl jedoch, das Fenster zu schließen. Vier Mann haben aber über die Umzäunung hinweg der gästlichen Stätte Walef gesagt, obgleich die Polizei die Arbeitswilligen so sorgfältig bewachte.

Ausland.

Der gesamte Straßenbahnverkehr von Pittsburg ist eingestellt worden, da die Wagenführer und Schaffner in den Ausstand getreten sind. Für den Fall, daß Streikbrecher herangezogen werden, wird der Ausdruck von Unruhen befürchtet.

Gerichts-Zeitung.

Klassenjustiz gibt es weder im Süden noch im Norden.

1. Die Strafkammer des Landgerichts Dffenburg verurteilte vor einigen Wochen den Herausgeber eines Fochingsblattes in Hornberg zu etlichen Monaten Gefängnis wegen der angeblich fittlich anstößigen Art seines faden Wiges. Vor demselben Gericht erschienen am Donnerstag der 41jährige Hofbauer W. Lehmann und sein 27jähriger Dienstknecht von Oberharmersbach (Schwarzwald) als Angeklagte. Beim Hofbauern dient ein 17jähriger Mädchen, das einen jungen Säger zum Schatz hat und ihm öfters, zuletzt in der Nacht vom 28. zum 29. März ein Schächerhündchen in ihrer Kammer gewährte. Die Mißgunst veranlaßte die beiden Angeklagten zu folgender Brutalität:

Als der Sägerbursche Herrmann sich in dem Schlafzimmer befand, wurde zunächst die den einzigen Ausgang bildende Tür mit einem Strick zugebunden und Wache gehalten, daß der Gefangene nicht entkommen konnte. Als nach einigen Stunden die Tür von innen geöffnet wurde, drangen Lehmann und Schill ein und mißhandelten den Eindringling mit Fäusten und Füßen schwer. Nachdem ihm noch die beiden Hände mit einem Draht zusammengebunden und ihm die Schuße hinten an der Hosenknalle befestigt worden waren, bewachten die beiden Angeklagten den Herrmann bis morgens fünf Uhr und ließen ihn erst jetzt, so wie er war, laufen, vermutlich, um ihn bei den Begegnenden lächerlich zu machen.

Der Gerichtshof erkannte wegen erschwerter Körperverletzung und Freiheitsberaubung auf eine — Geldstrafe von 30 bzw. 10 Mark gegen den Hofbauern bezw. seinen Knecht.

2. Am Freitag sahen vor dem Leipziger Schöffengericht sieben Studenten auf der Anklagebank, nein, auf Stühlen, um sich gegen die Anklage des gemeinschaftlich verübten Hausfriedensbruchs und groben Unfugs zu verantworten. Am Abend des 28. Januar hatten die Angeklagten in dem Antimen Theater Kabau gemacht. Vergeblich wurden sie zur Ruhe ermahnt und schließlich des Lokals verwiesen. Die Aufforderung, das Lokal zu verlassen, blieb unberücksichtigt. Die Studenten wurden schließlich von dem Wirt und den Kellnern gewaltsam aus dem Lokal entfernt. Die Angeklagten suchten dann wieder in das Lokal zu dringen und wurden erst durch Prügel zum Weitergehen veranlaßt. Sie behaupteten in der Verhandlung, sie seien nicht sofort weggegangen, weil sie so roh behandelt und mit „Lausejungen“ beschimpft worden seien. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hielt die Anklage nicht im vollen Umfange aufrecht, vielmehr meinte er, die Studenten hätten ein Recht gehabt, sich zu wehren, da sie grob behandelt worden seien! Der Verteidiger sprach sogar von Notwehr, in der sich die Kabaufrüher befunden hätten. Das Gericht sprach die Angeklagten von der Anklage des gemeinschaftlich verübten Hausfriedensbruchs frei, obwohl sie dessen „sehr verdächtig“ seien, aber man habe von der Schuld der Angeklagten „nicht die volle richterliche Ueberzeugung“ gehabt. Durch die Beschimpfung und Verhöhnung hätten sich die Herren veranlaßt gesehen, noch einmal zurückzukommen, aber es sei nicht erwiesen, daß sie betrunken und in gewolltem Zusammenwirken gehandelt hätten. Wegen groben Unfugs dagegen wurden die „Herren Angeklagten“ mit fünfzehn Mark Geldstrafe oder fünf Tagen Haft belegt. — Unmittelbar nach dieser Verhandlung mußte sich ein Arbeiter auf die Anklagebank setzen. Er hatte sich auch regelhaft benommen, war betrunken in einen Barbierladen gekommen und hatte den Barbier beleidigt, so daß dieser ihn hinauswies und die Tür hinter ihm schloß. Von draußen schlug der betrunkene Arbeiter eine Scheibe ein. Der Arbeiter wurde mit zwölf Tagen Gefängnis bestraft.

Jähorn und Alkohol

haben den Maurer Wilhelm Kaiser und seine Familie ins Unglück gestürzt. Unter der Anklage der Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges mußte sich K. gestern vor dem Strafrichter verantworten. — Am Sonnabend, den 18. Februar d. J. hatte der bisher völlig unbefohlene Angeklagte sich von unverheirateten Arbeitskollegen verleben lassen, einen Teil seines Wochenlohnes in einer Schankwirtschaft in Bier und Schnaps umzusetzen. Schon auf der Heimfahrt kam es zwischen ihm und dem Arbeiter Vork in dem Stadtbahncoups zu Streitigkeiten, die sich später auf der Straße fortsetzten. Als ihm Vork ein Schimpfwort zurief, stürzte der Angeklagte mit einem offenen Messer auf ihn zu und brachte ihm mehrere Stiche in den Kopf und die rechte Brustseite bei. Vork stürzte blutüberströmt und besinnungslos zu Boden. Er wurde sofort in ein Krankenhaus gebracht, wo er nach etwa drei Wochen verstarb. Der Angeklagte stellte sich sofort nach der Tat freiwillig der Polizei. Das Verfahren gegen ihn lautete erst auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Da sich später aber herausstellte, daß als eigentliche Todesursache Magenkrebs in Frage kam, wurde gegen Kaiser nur Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben. — Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er selbst nicht wisse, wie er zu der Tat gekommen sei. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis, das Gericht erkannte auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Erlöschenes Mandat.

Koblenz, 28. Juni. (R. L. W.) Der „Koblenzer Volkszeitung“ zufolge ist der Reichstags- und preussische Landtagsabgeordnete Weikstein, Vertreter des Wahlkreises Koblenz 3, zum Senatspräsidenten in Hamm i. Westf. befördert worden. Damit sind seine Mandate erloschen.

Der Wahlkreis gehört zum sicheren Besitzstande der Zentrums-partei. Bei der letzten Reichstagswahl erhielt der dem Zentrum angehörende Weikstein 19 232 Stimmen von 27 836 insgesamt abgegebenen Stimmen. Unser Kandidat, Genosse Hüttmann, erhielt 2172 Stimmen.

Erfolgreicher Streik.

Breslau, 28. Juni. (V. S.) Eine Versammlung der Bergarbeiter der fürstlich Pleßischen Grube-Grube in Oberschlesien beschloß, nachdem die Schichtlöhne um 70 Pf. erhöht wurden, heute die Arbeit wieder aufzunehmen.

Liebesdrama in einem Eisenbahnzuge.

München, 28. Juni. (V. S.) In einem Vorortzuge gab heute nachmittags ein Telegraphenarbeiter wegen verschmähter Liebe auf ein 19jähriges Mädchen einen Revolveranschlag ab, der sie leicht verletzte. Daraus brachte er sich selbst eine lebensgefährliche Schußverletzung bei.

Ein gemüthliches Spielchen.

Madrid, 28. Juni. (V. S.) In einer Spielhöhle zu Marin forderte ein unglücklicher Spieler mit dem Revolver in der Hand die beiden Bankhalter auf, ihm sein Geld zurückzugeben. Die Verdächtigen zogen sofort ebenfalls ihre Revolver, worauf zahlreiche Schüsse gemischt wurden. Als die schlüssig herbeigerufenen Polizei eintraf, wurden drei Tote und fünf Verletzte aufgefunden. Die Polizei beschlagnahmte eine Summe von 125 000 Franc.

Hus der Partei.

Nachmals die Engelsche Vorrede.

Ich freue mich, daß es mir gelungen ist, durch Rennung des Genossen Richard Fischer diesen zu veranlassen, in der Form einer Berichtigung meine „Enttaltungen“ über das vielbesprochene Engelsche Wortwort zu den Marxgen „Klassenkämpfen“ vollinhaltlich zu bestätigen.

Nach Fischers Erklärung ist der letzte Zweifel darüber geschwunden, daß der revidierte Schein des Wortwortes nicht von Engels beabsichtigt war, sondern dadurch erzeugt wurde, daß von anderer Seite Streichungen revolutionärer Stellen vorgenommen wurden und Engels sich dem, mit Rücksicht auf die politische Situation fügte.

Das einzige, was Fischer bestritt, ist meine Mittelung, er sei es gewesen, der die revolutionären Stellen gestrichen habe. Das ist unrichtig, denn — er habe wohl die Stellen gestrichen, aber nicht im Manuskript, sondern in der Korrektur, und habe dazu die Billigung Auer, Webels, Singers und schließlich auch die Zustimmung Engels selbst gefunden. Die Frage, ob man ein solches Verfahren ein Streichen nennen darf oder nicht, läuft auf einen bloßen Wortstreit hinaus.

Daß Engels seine Zustimmung zu den Streichungen gab, habe ich selbst schon mitgeteilt gehabt, ebenso, daß Berliner Freunde dabei beteiligt waren.

Die Hervorhebung des Anteils Auer, Webels, Singers wäre wohl von großer Bedeutung, wenn ich wegen der Streichungen eine Anklage gegen Fischer hätte erheben wollen. Das ist mir aber nie in den Sinn gekommen. Dazu fehlt mir jede Veranlassung und jede Unterlage. Ich kenne ja die gestrichenen Stellen nicht. Vielleicht würde ich anerkennen, daß ihre Streichung durch die Situation gerechtfertigt war. Die Streichungen wären auch ohne jede Konsequenz geblieben, wenn Engels weiter gelebt, das Wortwort nicht seine letzte Veröffentlichung gebildet hätte.

Keiner von denen, die später das Wortwort im revidierten Sinne ausdeuteten, hätte gewagt, es zu tun, so lange Engels lebte. Sie begannen damit erst nach seinem Tode und freiben bis heute damit, zu zwecken, die Engels selbst sein ganzes Leben lang aufs schärfste belämpft hatte. Diesem Treiben entgegenzutreten, habe ich den wahren Sachverhalt aufgedeckt und nicht um irgend eine Anklage gegen diejenigen zu erheben, die an jener Gestaltung des Wortwortes mitwirkten.

Richard Fischers Erklärung unterstützt mich dabei aufs kräftigste. Ich habe allen Grund, ihm dafür zu danken. Karl Kautsky.

Zum Thema „Geldquellen der S. M.“

erhalten wir vom Genossen Alfons Wolf zu Frankfurt a. M. eine längere Erklärung, der wir folgenden Satz sätze entnehmen: „Fräulein Mundt kam im Jahre 1905 auf Empfehlung eines mit befreundeten Mitarbeiters der „S. M.“ zu mir. Sie war an mich empfohlen worden, weil ich kurz vorher bei dem Van des hiesigen Gewerkschaftshauses in erster Linie mitbeteiligt war, und weil es mir in Gemeinschaft mit anderen Genossen gelungen war, für diesen Van mit 600 000 aufzubringen und zwar aus Kreisen bürgerlicher Sozialpolitiker, was jeder hier in der Partei wußte, und woran keiner irgendwelchen Anstoß nahm. Auswärts glaubte man, ich hätte besondere Beziehungen zu geldkräftigen Kreisen, ob dies Genossen oder Nichtgenossen waren, wußte Fräulein Mundt überhaupt nicht. Da ich ihr auf ihre Bitte um meinen Rat zur Erlangung von Geldmitteln sagen mußte, daß mir, mit wenigen Ausnahmen, Parteigenossen, die für die Geldbedürfnisse der „S. M.“ in Betracht kommen könnten, nicht bekannt seien, denn wir haben hier keine reichen Leute in der Partei, kamen wir ganz natürlich auf die Adressen zu sprechen, die mir für das Gewerkschaftshaus die reichen Mittel zur Verfügung gestellt hatten. Ich gab Fräulein Mundt diese Adressen und bin mit ihr der Ueberbringer dieser ominösen Liste. Ich kann unmöglich annehmen, daß Leute, die den Van eines Gewerkschaftshauses, in dem sich die Parteibureaus und Unterfunktionen für die ganze hiesige Bewegung befinden, vollständig finanzieren, damit die Absicht verfolgen, der Partei zu schaden, ich kann dies aber auch nicht voraussehen, wenn dieselben Leute nun für die Aufrechterhaltung einer wissen-

schaftlichen Zeitschrift einige hundert Mark opfern. Und das ist doch meines Erachtens der springende Punkt. Nicht das Hallgarten, der übrigens einer der edelsten Menschen war, die ich kannte, hundert Mark für die „S. M.“ gab, ist die Sünde, sondern, mit den Vorwürfen soll, wenn sie Sinn haben sollen, gesagt werden, man habe sich an bürgerliche Leute gewandt und diese hätten Geld gegeben, weil dadurch die „S. M.“ verpflichtet werden sollten, zugunsten der bürgerlichen und gegen die sozialistischen Anschauungen zu wirken. Die diesen Vorwurf erheben, handeln meines Erachtens wider besseres Wissen, drum spricht es auch keiner deutlich aus, sondern läßt es nur zwischen den Zeilen durchblicken. Wenn Dittmann in seinem Schreiben auch den Namen Fund erwähnt, so ist dies unrichtig, diesen Namen habe ich nicht aufgegeben und Fräulein Mundt hat Fund auch nie besucht. Ich nannte den Namen schon deshalb nicht, weil mir kein Träger besonders nahe steht und ich ihm unmöglich als freistimmigem Politiker eine Genossin auf den Hals schieben konnte, damit er Bestrebungen einer gegnerischen Partei unterstütze. Gerade aber an diesen Namen knüpft Genosse Webel seine Randbemerkung. Man sieht daran, wie derartige kleine eingehobene Unrichtigkeiten wirken. Ich nannte Fräulein Mundt nur Leute, die in der Politik nicht engagiert sind, auch Dr. Fleisch kam nicht als Geldgeber in Betracht, sondern ich nannte ihn, weil ich wußte, daß er in sozialen Fragen der Berater von Hallgarten und einigen anderen war. Die Darstellung Dittmanns, daß ich zu der Unterredung mit Fräulein Mundt die Genossen Elbert und Schmidt vom radikalen Flügel zugezogen hätte, weil mir allein die Sache unangenehm gewesen wäre, ist völlig aus der Luft gegriffen. Ich gestehe, daß ich zuerst mit Fräulein Mundt allein konferierte, denn ich hatte ja als sie zu mir kam nicht gleich ein paar Prinzipienwörter zur Hand, an anderen Abend war Fräulein Mundt in meiner Wohnung zu einem gemächlichen Abend und hierzu hat ich meine Freunde Elbert und Schmidt, um die Gesellschaft etwas gemüthlicher zu gestalten. Es ist aber doch ein Beweis, wie harmlos die ganze Geschichte war, wenn wir in deren Gegenwart so offen die Namen usw. besprachen. Man erwähnt Dittmann eine besonders grobverwirkende Neuerung der Genossin Mundt: „Sie werde den Leuten sagen, daß sie doch das lebhafteste Interesse an der Erhaltung der Monatshefte hätten, und deshalb doch auch Mittel für sie hergeben könnten“. Ich kann mich heute nach 4 Jahren natürlich nicht mehr auf jedes Wort erinnern, was damals gesprochen wurde, das selbe gilt aber wohl auch von den anderen antwortenden Genossen. Die Aeußerung kam aber dem Sinne nach recht gut gefallen sein, nur glaube ich, daß sie von mir gemacht wurde. Etwas anderes konnte doch gar nicht gesagt werden, wenn man überhaupt einmal etwas von ihnen haben wollte. Nur ist auch hier wieder der Gedankengang ein ganz anderer, als er vorausgesetzt wird. Ich nannte die Adresse von Herrn, die keine Parteigenossen sind, die sogar die extremen Ansichten unseres linken Flügels wahrscheinlich für beläufigenswert halten, die aber sicher für noch beläufigenswerter den Mangel an Aufklärung in bürgerlichen Kreisen halten. Aufklärung auch in diese Reihen zu bringen, ist für Leute, die sozialpolitisch wirken wollen, das notwendigste und aus diesem Grunde haben sie ein lebhaftes Interesse an der Erhaltung einer wissenschaftlichen Zeitschrift wie die „S. M.“, die immerhin auch in diesen Kreisen mehr gelesen werden, als die „Neue Zeit“. Ich kann noch bestätigen, daß Fel. Mundt damals, wie sie mir vor ihrer Abreise sagte, nur 100 M. erhalten hat, und zwar durch Vermittelung einer Parteigenossin von Hallgarten.

Personalien. Aus der Redaktion der „Medlenburgerischen Volkszeitung“ in Rostock ist der Genosse Bruno Kühn ausgeschieden, der seit September 1905 an dem Rostocker Parteiorgan tätig war. Genosse Kühn ist nach Leipzig verzogen. — In die Redaktion der „Brandenburger Zeitung“ tritt als Nachfolger des aus „Hamburger Echo“ gehenden Genossen Werner der Genosse Andreas Strojinski, der bisher vertretungsweise in der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ zu Köln tätig war.

Aus der spanischen Sozialdemokratie.

Der „Socialista“, das Zentralorgan unserer spanischen Genossen, soll vom Jahre 1910 ab als Tageszeitung erscheinen. Um die notwendigen Gelder aufzubringen, sind Anteilscheine ausgegeben, und auch sonst wird eifrig zu dem Fonds gesammelt.

Aus Industrie und Handel.

Die amerikanische Tarifrevision. Die Tarifberatung im Senat hat das Ergebnis gehabt, daß der Payne-Entwurf in seinen wesentlichen Bestimmungen noch un-

günstiger für das Ausland gestaltet worden ist. Gerade in den beiden Punkten, die den Kern des neuen Entwurfs bilden, nämlich erstens die Anwendung und Gestaltung des Maximaltarifs und zweitens die Bemessung der Wertzölle, wird die ursprüngliche Vorlage zum Teil noch erheblich verhärtet. Nach der Payne-Bill sollte die Einfuhr aus denjenigen Ländern, die die Vereinigten Staaten in ihren Zöllen irgendwie differenzieren, mit Maximalzöllen belegt werden. Nach dem Aldrichschen Entwurf kommt der Maximaltarif mit einem allgemeinen Zuschlag von 25 Proz. auf den Wert der Ware zur Anwendung, gegenüber 20 Proz. nach dem Payne-Entwurf. Das zweiseitige Instrument soll nun nach dem neuen Vorschlag nicht nur in Anwendung kommen, wenn den Vereinigten Staaten von einem Lande die Weisbegünstigung verweigert wird — wie ursprünglich in Aussicht genommen war —, sondern auch dann, wenn der Einfuhr aus der Union keine reziproke Behandlung gewährt wird, wenn sie durch allgemeine handelspolitische Bestimmungen oder durch Gebühren in irgendeiner Weise direkten oder indirekten Beschränkungen unterworfen ist, oder wenn infolge der Export nach den Vereinigten Staaten eine Unterstützung durch Exportprämien erfährt, oder Exportsteuern erhoben werden. Den lausdankartigen Ausdruck: „reziproke Behandlung“ hat Senator Aldrich wie folgt erläutert: „Wenn z. B. Deutschland auf Baumwollwaren einen Zoll legt, der nicht angemessen erscheint im Verhältnis zu dem Zoll, den die Vereinigten Staaten auf deutsche Strumpfwaren legen, so kann der Präsident es ablehnen, Deutschland den Minimaltarif zu gewähren, bis der Zoll auf Baumwollwaren so modifiziert wird, wie der Präsident es für gut hält.“ Es ist eine starke Annützung an das Ausland, seinen Zolltarif und seine Zollverwaltung nach dem Belieben des amerikanischen Kongresses gegen Androhung der schärfsten Vergeltungsmahregeln umgeben zu revidieren. Leider muß man mit Bedauern feststellen, daß die Masse des amerikanischen Volkes nicht mit der wünschenswerten Energie und Einmütigkeit gegen diese gefährliche, das Ausland abfichtlich brüskierende Zollpolitik Front macht.

Die neuen Beschlüsse des Senats sind offenbar in erster Linie gegen die sanitätpolitischen Maßnahmen der mitteleuropäischen Industriestaaten gerichtet, die der Einfuhr von amerikanischem Vieh, Fleisch, Konserven und Obst Schwierigkeiten bereiten oder sie ganz ausschließen. Für Deutschland kommt hauptsächlich in Betracht der bekannte § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes, wonach frisches Fleisch nur in ganzen Tierkörpern eingeführt werden darf, und das im Jahre 1900 erlassene allgemeine Verbot der Einfuhr von Fleischkonserven. Der Agrarier Sünde läßt sich am Volke.

Der Zoll auf Kaffee und Tee.

Der Kaffeekonsum ist in Deutschland sehr erheblich. Die Inlandsversorgung stellte sich im Jahre 1908 auf 1 027 530 Doppelzentner oder auf 3,05 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Rechnen wir die Familie zu 4 Köpfen, so beläuft sich der Kaffeekonsum einer Durchschnittsfamilie auf 12,20 Kilogramm oder auf rund 25 Pfund im Jahre. Der Wert des eingeführten Kaffees wurde nach der Handelsstatistik im Durchschnitt auf 85,00 Mark pro Doppelzentner angegeben, so daß man den Gesamtwert des dem Inlandskonsum 1908 zur Verfügung gestellten Kaffees auf rund 165 Millionen Mark ansetzen kann. Der Zoll auf den eingeführten Kaffee stellte sich auf 40 M. pro Doppelzentner, so daß der Zollertrag rund 77 Millionen Mark ausmachte, also mehr als die Hälfte des Wertes. Einfuhrwert plus Zoll ergeben für die Kaffeevergütung des Jahres 1908 einen Betrag von rund 242 Millionen Mark. Kostete das Kilo Kaffee nach dem Einfuhrpreis ohne Zollzuschlag 85,6 Pfennige, so mit dem Zollzuschlag 125,5 Pfennige. Die Durchschnittsfamilie war also bei einem Jahreskonsum von 12 1/2 Kilogramm mit rund 5 Mark belastet. Durch die jetzt im Reichstag beschlossene Erhöhung des Zolles um 60 Proz. steigt, bei gleichbleibendem Konsum, die jährliche Belastung pro Durchschnittsfamilie auf 7,50 M. Betrag früher der Preis 125,5 Pf. pro Kilogramm, so steigt er nunmehr auf 145,5 Pf.; die Zollbelastung macht also jetzt 70 Proz. des Einfuhrwertes aus. Eine weit geringere Rolle im Volkshaushalt als der Kaffee spielt der Tee, dessen Zoll ebenfalls wurde. Die Inlandsversorgung in Tee stellte sich 1908 auf 89 868 Doppelzentner. Der Wert dieser Menge wird bei einem Einheitswert von 198 M. pro Doppelzentner auf 7,4 Millionen Mark anzunehmen sein. Der Doppelzentner Tee würde statt wie bisher 211, bei gleichem Einheitspreis in Zukunft 286 M. kosten. Die Zollbelastung würde etwa 54 Prozent des Einfuhrwertes ausmachen. Bei einer Familie mit einem Konsum von 6 Kilogramm Tee jährlich würde die Mehrbelastung allerdings auf 4,50 Mark steigen.

Humor und Satire.

Womit wäscht man Löwen? S. M. gab, wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, vor einigen Wochen bei einem Besuch in Hagenbeds Tierpark folgenden vorzüglichen Witz zum besten. Er fragte die Umgebung, womit man eigentlich die Löwen wäsche. Einige meinten: Mit Seife, andere: mit Soda, ein Dritter: mit einer scharfen Bürste. Als sich schließlich niemand mehr meldete, sagte der Kaiser: „Ich will es Ihnen verraten: Mit Lebensgefahr!“ „Au—au—au—ausgezeichnet!“ rief der Hofmarschall von Kall, der etwas stottert, und die ganze Suite brach in wiedernden Weisfall aus. Sogar die Löwen heulten. Der Oberlöwe des Hagenbedparks gab am Tage nach dem Kaiserbesuche seiner Umgebung folgenden Witz zu lösen: „Womit sprach er, hört man Kaiserliche an?“ Mit Ehrlichkeit, erwiderte ein Löwe. Ein anderer: Mit Weisfall. Ein dritter meinte: Mit Gemüß. Als keiner mehr eine Lösung wußte, sprach der Oberlöwe: „Mit Lebensgefahr!“, kniff den Schweif ein, stieß ein jämmerliches Geheul aus und schlich mit gekrümmtem Rücken von dannen. (Jugend*)

Notizen.

— Arthur Hilger, der Maler und Dichter, ist in Bremen im Alter von 68 Jahren gestorben. Er war in seinen guten Jahren so ein kleiner Fizzian von Bremen, der die künstlerischen Tendenzen der Stadt verkörperte und monopolisierte. Für die Kirchen malte er (der Freigeist) Altarbilder, die Häuser reicher Bürger und vor allem die öffentlichen Gebäude in Bremen (und auch in Hamburg) schmückte er mit seiner aufs Glänzende und Dekorative gerichteten Palette. Als aber der Naturalismus von dem Naturalismus bedrängt wurde, kämpfte Hilger als Kritiker und Parteihauptling dagegen an, manchmal unrichtig genug. Als Dramatiker, der kräftige, farbige Effekte liebte, aber weder über psychologische Tiefe, noch Charaktergestaltung verfügte, und als Gedankenthyer hat Hilger seinen antikerischen und freigeistlichen Tendenzen Ausdruck verliehen. Sein Revolutionsdrama „Von Gottes Gnaden“, das die Berliner „Freie Bühne“ aufführte, und „Die Derge“ sind über manche Bühnen gegangen. — Shakespeare auf Jiddisch. Montag beginnt in London wieder die Saison des Jiddischen Theaters; Charles Ratanson und seine Frau, beide hervorragende Künstler der jiddischen Bühne, sind nach mehrjährigem Aufenthalt in Amerika jetzt wieder in London eingetroffen. Von ihrer Reise in den Vereinigten Staaten haben sie ein Repertoire von nicht weniger als sechzig Stücken, sowohl Schauspielen als Opern, mitgebracht, die im Verlaufe der Spielzeit von jiddischen Künstlern zur Aufführung gebracht werden sollen. Mit besonderem Interesse sieht man den Shakespeare-Aufführungen im Jiddischen Theater entgegen, zu denen der englische Text in die jiddische Sprache übertragen worden ist.

Kleines Feuilleton.

Fleischvergiftung durch Natureis. Je näher die Hundstage heranrücken, desto häufiger liest man wieder von Massenvergiftungen, die nach Genuss von Fleisch, Wurst und Fischen auftreten. Diese Vergiftungen von Epizoonen wird hauptsächlich durch Paratyphusbazillen hervorgerufen, die sich in Fleisch und Fischen vermehren und giftige Stoffwechselprodukte anhäufen. Da wir vor der Gefahr, daß solche giftbildenden Bakterien durch bereits frante Schlachttiere übertragen werden, durch das Reichsfleischbeschaffungsgesetz geschützt sind, so wird die Möglichkeit am häufigsten sein, daß Fleisch oder Fische erst beim Transport oder Verkauf mit solchen Bazillen infiziert werden. Eine wichtige Erklärung für eine solche Infektion gibt Dr. S. Conradi in der „Umschau“, indem er darauf hinweist, daß sie sehr leicht durch Natureis entstehen kann. Er untersuchte 151 Proben von solchem Eis und fand in 18 den Paratyphusbazillus. Das in den Handel gelangende Natureis, das diesen gefährlichsten Erreger der Fleischvergiftung enthält, entstammt einem Flußlauf des dicht bevölkerten Saargebietes, dessen Wasser durch die ungeläuteten Abflüsse mehrerer Drtschaften in erheblichem Maße verunreinigt war. In zahlreichen Haushaltungen und Gewerbetrieben besteht noch die Gewohnheit, im Sommer zur Konservierung das Fleisch direkt auf Eis zu legen. Die Unterseite des Fleisches wird hierbei allmählich durchfeuchtet; mit den Eisbakterien geraten auch die Paratyphusbazillen in das Fleisch, vermehren sich, bilden Gifte und erzeugen so beim Genuss schwere Krankheitserscheinungen. Ferner sehen die Metzger in der warmen Jahreszeit bei der Zubereitung dem Fleischbrei Eisstücke zu und können so, wenn das Eis giftige Bazillen enthält, ahnungslos eine Wurstvergiftung herbeiführen. Die gleichen Vorgänge liegen sich bei der Fleischvergiftung beobachten, da sich im Transporteis von Seefischen unter 98 Gefrorenen zwölfmal Paratyphusbakterien nachweisen ließen. Da die Versorgung des Binnenlandes mit Seefischen nur in Eisverpackung möglich ist und zum Versand fast stets Natureis verwendet wird, so ist die Gefahr eine sehr große, daß während des Transports durch die Bazillen im Eis die Fische infiziert werden und späterhin eine Fischvergiftung veranlassen. Dr. Conradi hält es daher für unbedingt notwendig, daß das in den Handel gelangende Natureis genau untersucht werde. Ein Tunnel durch den Mont-Blanc. Der Kühne Plan, das mächtige Massiv des Mont-Blanc mit einem Tunnel zu durchbrechen, ist in den letzten Jahren mehrfach der Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen. Das französische Arbeitsministerium hat jetzt neue Studien vornehmen lassen, die einen Ueberblick über die Schwierigkeiten und Kosten des großen Werkes geben. Der Tunnel würde, wie im „Globe“ berichtet wird, bei Chamouxy in einer Höhe von 1050 Metern beginnen und in Entrèves bei 1287 Meter Höhe enden. Die Länge würde 13 Kilometer betragen, die Steigung der

Zufahrtswege 20—30 Millimeter auf einen Meter, sodah man für den Bahnverkehr elektrischen Betrieb vorzieht. Die Kosten des Werkes werden bei zweigleisiger Anlage auf 60 Millionen Frank veranschlagt; dazu kommen die beiden Zufahrtslinien von Saint-Gervais nach Chamouxy und von Kosta nach Entrèves, die je 15 Millionen Frank erfordern. Die Gesamtkosten von neunzig Millionen hätten Frankreich und Italien gemeinsam aufzubringen. Das Massiv des Mont-Blanc besteht aus hartem Granit; besonders Schwierigkeiten werden nicht vorausgesehen, da der Durchbruch in einer Höhe von 1000 Metern erfolgt, so daß die Gefahren einer sehr hohen Temperatur oder der Einbruch gewaltiger Wassermassen wie beim Simplon nicht zu befürchten sind. Die Dauer der Arbeiten würde fünf Jahre betragen. Mit der Durchführung dieses Projektes würde die Verlehrsline Paris—Genève um fünfzig Kilometer verkürzt und der große Schnellverkehr von England nach Indien, der bisher über Deutschland und die Schweiz gelenkt wurde, voraussichtlich den französischen Bahnen zu fallen.

Der größte Schornstein der Welt. Als höchste Esse der Welt gal bisher die in Halsbrücke bei Freiberg i. Sa. erbaute mit 140 Meter Höhe; diese ist aber jetzt noch übertroffen worden durch einen in Great Falls (Montana) in Amerika errichteten Schornstein, der in einer Kupfer-Silberstätte die Abgase in die höheren Luftschichten abführt. Der Schornstein hat eine Gesamthöhe von 154,28 Meter, wobei der untere Durchmesser 24,70 Meter, der obere 15,24 Meter beträgt. Der Durchmesser des Fundamentes beträgt 31,40 Meter. Da der Schornstein in Halsbrücke an seiner Sohle nur 12 Meter, an seiner Spitze nur 2,50 Meter mißt, so kann man diesen bequem mit der Grundplatte nach oben in den amerikanischen Riesen hineinhangen. — Der Schornstein ist aus Hohlzöden in fünf verschiedenen Längen aufgeführt; verlegt wurden die Hohlzöden in Würtel aus Gement, Kalk und Sand, gemischt in dem Verhältnis 1:2:5, wobei der Kalk dazu dient, dem fertigen Bauwerk die genügende Elastizität für den Widerstand gegen die durch starken Wind verursachten Vibrationen zu geben. Die Außenmauerung besteht aus säurefestem Ziegelwerk; auch hierzu wurde säurebeständige Mörtel verwendet, da die durch den Schornstein führenden Gase eine sehr hohe Temperatur haben. Das Gewicht dieses Kamins beträgt infolge der verwendeten Hohlzöden 17 000—18 000 Tonnen, ein Gewicht, das bei Hohlzöden sich für den Schloß allein berechnet. Zu dem Bau wurden verwendet: 1300 Waggon Ziegel, 40 Waggon Kalk, 125 Waggon Zement, 4700 Kubikmeter Sand, 3000 Kubikmeter Schotter und 20 Waggon säurefesten Zement. Es gibt bereits eine ganze Anzahl solcher Schornsteinriesen, doch steht der amerikanische Kamin, besonders was seinen ungeheuren Durchmesser anbetrifft, einzig da. Infolge dieses großen Durchmessers war die Konstruktion des Schornsteins von vornherein sehr begünstigt, zumal der in dem dortigen Distrikt vorherrschende Winddruck 100 Kilometer in der Stunde nicht übersteigt.

Verteuerung des Holzes. Zu den Rohmaterialien, die in den letzten Jahren eine fast ununterbrochene Verteuerung erfahren haben, gehört auch Holz. Nach amtlichen Angaben über den Geldwert für die aus hiesigen Forsten verwendeten Holzmassen ergeben sich folgende Einheitspreise pro Festmeter in Mark:

	1896	1902	1903	1904	1905	1906
Vau- u. Kuchholz	10,89	12,03	12,47	13,20	14,14	14,72
Dreumholz	8,91	4,85	4,30	4,48	4,78	5,04
Durchschnitt	6,70	7,78	8,70	9,21	9,78	10,11

Nach dem Durchschnitt ergibt sich seit 1896 eine Verteuerung um 51 Proz., während sie für Vau- und Kuchholz nur 35 und für Dreumholz 20 Proz. ausmacht. Zu der absoluten Preissteigerung war auch noch eine relative wirksam, indem der Anteil der teureren Vau- und Kuchholzer an der ganzen verwendeten Menge von 40 auf 53 Proz. hinaufging. Ob das Resultat durch vorsichtigeren Auswahl der geschlagenen Hölzer oder durch Verwendung minderwertigen Materials als Kuchholzer erzielt wurde, darüber fehlen Angaben.

Die Besteuerung der Trufs in den Vereinigten Staaten. Der erwartete Entwurf des Präsidenten Laft über eine Sonderbesteuerung der amerikanischen Trufs steht in der Hauptsache eine zweiprozentige Steuer auf die Reineinnahmen der Trufs und Aktiengesellschaften vor, läßt dabei aber die Beträge bis zu 5000 Dollar frei. Auch die in- und ausländischen Versicherungsgesellschaften sollen dieser Steuer unterworfen werden.

Aus der Frauenbewegung.

Ehebotkott gegen erwerbstätige Frauen. Eine neugegründete Männerliga in Paris hat einen grandiosen Gedanken ausgeheckt. Die Mitglieder der Liga erklären den Ehe-

botkott gegen alle Frauen, die ihnen Konkurrenz machen. Amüsant wird die Erklärung der Ehebotkottierung gegen alle die Frauen, welche ihren Unterhalt in Gewerben verdienen, die ursprünglich den Männern zuzahlen.

Ein ursprüngliches Monopol, zugleich mit dem ausschließlichen, in Erbpacht genommenen Anspruch für alle Zeiten, erheben die Wohlthäter z. B. auf die Verufe als Sekretäre, Kerzer, Bureauangestellte usw. Von wirtschaftlichen Umwandlungen, wodurch den Frauen ihre ursprünglich monopolisierte Betätigung zum großen Teil entzogen wurde, scheinen die Liga-Männer nicht viele Kenntnisse zu besitzen.

Das Zeitalter der Maschinen hat rücksichtslos in die Erwerbsgebiete eingegriffen, hier lang Bestehendes zerstört, dort Neues geschaffen. Die ursprüngliche Erwerbstätigkeit der Frauen durch Handarbeit, wie z. B. das Spinnen, Weben und anderes mehr, ging zum großen Teil in Maschinen bedienende Männerhände über. Technische Vervollkommnungen und die immer höhere Spezialisierung in der Warenherstellung haben den Frauen neue, früher unbekannte Verufe geschaffen. Der bis auf ein Minimum produktiver Tätigkeit zusammengeschrumpfte Haushalt, und andere wirtschaftliche Faktoren, haben sie immer mehr in das Erwerbsleben hinausgedrängt. Für die vielen, teils als der Versorgung durch Ehe überzähligen, teils als Witwen, oder vom Familienvorstand nicht genügend versorgte Frauen, wurden immer neue Verufe und Erwerbsquellen notwendig. Erweiteter Gesichtskreis und höhere Bildung schufen ihnen ein größeres Betätigungsfeld, auch in solchen Verufen, die früher nur Männer innehatten.

Angesichts großer wirtschaftlicher Entwicklungen und Umwandlungen sieht ein Teil Männer mit neidischem Spott auf die Selbständigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit erwerbstätiger

Frauen. Und sie pochen auf ihre „Erbserbrolle“, auf die Vorzüge der sanktionierten „Versorgungsanstalt“.

Frauen im Handwerk. Der Ausschuss zur Gründung eines Verbandes für handwerksmäßige Ausbildung der Frau hat soeben statistische Fragebogen an die deutschen Handwerkskammern versandt, um festzustellen, in welchem Umfange bereits von Frauen der Weg handwerksmäßiger Ausbildung beschritten worden ist. Die vereinzelten Nachrichten, die durch die Presse gehen, lassen vermuten, daß der Süden und Westen Deutschlands in diesen Punkten vorangefahren ist. So legten in Augsburg 16 weibliche Handwerker die Meisterprüfung mit Erfolg ab, darunter eine Schreinerin. In Ulm bestand ein junges Mädchen die Gesellenprüfung als Goldschmiedin. In Kassel und Detmold finden wir weibliche Lehrlinge mit ordnungsmäßiger Lehrzeit (2 Jahre) in der Damenschneiderei und im Friseurgewerbe. In Jena machte ein junges Mädchen die Gesellenprüfung als Buchbinderin. Es sei bemerkt, daß die Reichsgewerbeordnung in § 11 keine Erfordernisse in bezug auf das Geschlecht kennt. Die Bahn ist somit frei für alle Frauen, eine handwerksmäßige Ausbildung zu erwerben.

Leseabende.

Alt-Elfenide. Dienstag 8 1/2 Uhr bei Herrn Troppe, Rudower Straße 54.

Versammlungen - Veranstaltungen.

Verband der Hausangestellten. Donnerstag, 1. Juli, 8 1/2 Uhr. Kommandantenstraße 62: Vereinsversammlung. Vortrag. Herr Georg Davidsohn: „Die Vorgänge im Adonmentsverein“ Gäste willkommen.

Beim Einkauf von MAGGI'S Bouillon-Würfeln



achte man darauf, daß jeder Würfel auf der Umhüllung den Namen MAGGI und die Schutzmarke (Kreuzstern) trägt.

Andere Würfel sind nicht von MAGGI.

5 Pfg.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 20. Juni
Anfang 7 Uhr.
Neues königliches Operntheater. Lohengrin.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch. In einer Erde und im ersten Stof.
Kamerziele. Ein Standal in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herdmander.
Schiller O. (Wagner-Theater.) Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Neues Schauspielhaus. Maß. Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Jar und Zimmermann.
Römische Oper. O diese Leutnants.
Neues. Tricoche und Cacolet.
Thalia. Im Café Roblesse.
Südtirolhaus. Der feiche Rudi.
Kleines. Moral.
Gebbel. Die Welt ohne Männer.
Neues Operetten. Die Sprudelle.
Luisen. Die Sünde des Priesters.
Volles Caprice. Drei Frauenhüte.
Der Dejeuner usw. Anf. 8 1/2 Uhr.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Bernhard Rose. Das Mädchen ohne Ehe.
Berliner Prater. Man lebt ja nur einmal.
W. Noacks Theater. Der Sommerhof.
Apollo. Darfstein. Er oder Er. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Vollgas. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.
Volksgarten. Spezialitäten.
Brunnen. Die Spreewald-Räte. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Der Kampagnieball.
Urania. Kanonenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.
Steruwarte. Invalidenstr. 67/68.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Rom und die Campagna.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Landesausstellungspark
am Lehrter Bahnhof
Neu erbaut: Festliche Gartenrestaurant Konditorei und Café
Militär-Konzert
tägl. v. 4 Uhr ab
Dejeuners von 2.50 an bis 2 Uhr nachm. Diners und Soupers v. 4.00 an

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der feiche Rudi.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, den 20. Juni, Anfang 8 Uhr:
Zar und Zimmermann.
Rom. Oper in 3 Akt. von Lorzing. (Kleine Preise.)
Mittwoch: Martha oder Der Markt zu Richmond.

BERNHARD ROSE-THEATER
Dr. Jeanfurter Str. 103.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehe.
Sensationsstück in 4 Akt. v. Melis. Auf der Gartenbühne u. a.: Berlin auf Stelzen mit Billi u. Goslon. Billon, der Unfassbare.
Spezialitäten. — Anfang 8 1/2 Uhr.

Apollo Theater
Nur noch 2 Tage
das Antsehen erregende Programm.
9^{er} Jean Paul mit seinen Schlegeln.
9^{er} Yankee Doodle Girls.
9^{er} Mensch oder Affe??
9^{er} Uhr: 9^{er} Uhr:
Er oder Er mit
Hartstein

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Bühnen-Theater.)
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akt. von Alexander Dillson und Antony Pars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Madame Bonivard.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Der Biberpelz.
Eine Diebstahlskomödie in 4 Akt. von Gerhart Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Der Biberpelz.

Raucht Ring Cigaretten

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Willi Prager
The York Sisters
und das glänzende Juni-Programm.
12 Variété-12 Sensationen 12

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der **Azteken!**
Gr. Schaulustungen Vitascope-Theater usw. Alles ohne Extra-Entree.

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Scene gesetzt von Dir. Rich. Schulta. Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
„La Pia“
in ihren Phantasie-Tänzen.
Golemanns
gemischter Dressur-Akt **Garcias**
jonglierende Silhouetten sowie eine Kette
hervorragend. Kunstkräfte!
Reserviert Platz 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe.)

Walhalla
Theater
Weinbergsweg 10-20, Rosenthal. Vor. Anfang 8 Uhr. Im Theater: Die amst. Juni-Spezialität. Im Garten: Konzert. Der Luftflug.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direktion: Willi Volgt.
Heute sowie täglich:
X Spezialität Spezialitäten! X Novität!
Die Spreewald-Räte.
Gr. Aufführungs-Vollstück mit Gesang u. Tanz in 4 Akt. v. Hoffmann. Aufführung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Puhlmann's Theater
Täglich: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Die Dallesprinzessin Neu! Der Brandstifter. Neu!
Beginn 4 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Im schattigen Garten, bei Regen im Nach-Theater-Saal:
Der Sonnwendhof.
Vollständig in 5 Akt.
Vorer: Spezialitäten! Anf. 7 Uhr. Konzert: 8 Uhr. Entree: 30 Pf.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.
Anf. d. Vorstellung montags 7 Uhr, sonntags 6 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Neben Montag: Spezialitäten und Solos der „Lustigen Sängler“.
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Volksgarten-Theater
früher Weimanns Volksgarten. Im Hofhof Gesundbrunnen.
Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Leopold Rosser prolongiert. Trud Hurells — The Hurells — Barga — Darley — La bella Lina — Freres Canan. Spreo-Athener. Vollständig mit Gesang in fünf Bildern von Heiligen.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Art. Leitung: Walter Gravinitz.
Jeden Donnerstag: **Elitstag.**
Während und nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**

Freie Volksbühne

Mittwoch, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Ausschusses und Kassierers über das verlossene Quartal und Geschäftsjahr 1908/09. Diskussion. Neuwahl des Vorstandes, Ausschusses, der Revisoren und Obloute.
Der Jahresbericht liegt gedruckt aus. Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der alten Mitgliedskarte gestattet.
Die alten Mitgliedskarten sind behufs Erneuerung zum Umtausch spätestens am Tage nach der **Juni-Generalversammlung** abzugeben.
Der letzte Abholungsstermin für die neuen Mitgliedskarten ist der **5. August 1909.** Ueber die bis zu diesem Tage nicht abgeholt Karten wird anderweitig verfügt.
241/7 Der Vorstand: In Vertr. G. Winkler.

Elysium
Landsberger Allee 40/41. Ecke Peierdurger Straße.
Täglich im prachtvollen Naturgarten:
Vorstellung
drei der bestrenommiertesten Sängergesellschaften.

Karls Garten
Rixdorf, Karlsartenstr. 6-11.
X Prachtvoller alter Naturgarten. X
Sonntags: **Konzert.**
Montags: Die lustigen Kalauer.
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Mittwochs: Gr. Kinderfest.
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Kinder 10 Pf., wofür Schärpe oder Röhre verabreicht wird.

Damms Volkspark-Theater
Landsberger Allee 74/77.
Große Vorstellung
des
Rheinischen Künstler-Ensembles
nebst Auftreten erstkl. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Jeden Mittwoch: Kinderfest.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang montags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal! Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Röhre od. Schärpe grat.

Schweizer-Garten
Am Königsforst. Am Friedrichsholm Haltestelle der Straßenbahn
1, 2, 4, 17, 59, 62, 74 u. Q.
Anfang 4 resp. 5 Uhr:
Täglich Entree 30 Pf.
Neues Theater- u. Spezialitäten-Programm.
Ball u. Volksbelustigungen.
Etliche Sonnabende an Vereine zu vergeben.

Königstadt-Kasino.
Solgardenstr. 72 (Ecke Alexanderstr.)
Tägl. 1. Herrl. Natur-Sommergarten bei ungünstiger Witterung i. Saale Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung.
Der Aal. Schwan mit Gesang von Otto Richter.
Bonnie & Barry u. Duett Wallenberg usw. u. erstkl. Spezialitäten.
Anf. wochent. 6. Sonnt. 4 1/2 Uhr.

Neue Welt
Hasenheide 108/114.
Während d. Sommersaison täglich:
Große Spezialitätenvorstellung.
Besond. gewähltes Programm.
Nur erste Kräfte.
Gr. Konzert.
Am 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Entree 25 Pf.
Jed. Mittw.: Kinderfreudenfest.
Gratisverlosungen.
Jeden Donnerstag: Eilttag.
Monstre-Feuerwerk.

Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 112.
Liefert schnell und
billig alle Arten
Stempel
in bester
Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt“
zum Zusammenlegen einzelner Wörter
sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

Achtung! Java!
kleines herzförmiges Vollblatt,
leicht u. zartblättrig, p. Pfd. 1.-
Hamburger Rohthabak-Haus.
Filiale: Berlin N.,
Brunnenstr. 190. (297/6)

Kartoffeln
Hiermit haben Unterschnete die
Ehre, Sie auf ihr Gehalt aufmerksam
zu machen. (Gingros in stiellosen
Kartoffeln), die wegen ihres Nährwertes
sehr geliebt sind.
Ausgeschliffen sind Abreisen für
korporative Gebrauchsgeschäfte und
Großhändler. 3015
Die Verladung findet Anfang Sep-
tember statt. Preisangabe per
Waggonladung auf Anfrage. Für
Unterhandlung vorab bereit.
Gesuchungsblatt
T. Kramer & Co.,
Schraut bei Leeuwarden Holland.

Neues Operetten-Theater,
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr:
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

Für Ausflügler
100
Ausflüge um Berlin
mit 12 Illustrationen und 20 Karten
von Georg Siegerist.
Preis kartoniert mit bunten Karten
2.- M.

Märkische Wanderfahrten.
Eine bis dreitägige Ausflüge in die
Mark von Georg Siegerist.
Preis kartoniert mit 10 Karten
1.50 M.

Märkisches Wanderbuch
Mit 28 Karten. Preis 2.50 M.
Wanderbuch für die Mark
Brandenburg
und angrenzende Gebiete.
Mit 53 Karten.
Erster Teil: Nähere Umgebung
Berlins. Preis 1.50 M.
Zweiter Teil: Weitere Umgebung
Berlins, westliche Hälfte Preis 2 M.
Dritter Teil: Weitere Umgebung
Berlins, östliche Hälfte Preis 2.50 M.
Wanderführer mit Karten-Atlas
für Oberspre und Dahme
Preis 1 M.
Wanderführer mit Karten-Atlas
für den Grunewald Preis 1 M.
Spezialkarten für alle Ausflugsorte
der näheren und weiteren Umgebung
Berlins, im Preise von 0.50-1.50 M.
Radfahrkarte von Berlin und
weiterer Umgebung, auf Reineiswand
gezogen, zusammenlegbar
Preis 1.75 M.
Radfahrkarte von Brandenburg
auf Reineiswand gezogen, zusammen-
legbar. Preis 2.50 M.
Wöchentliche Tageskarten der Um-
gebung Berlins, mit 100 Aus-
flügen. Preis 2.50 M.
Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Partei-Expeditionen:

Zentrum: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Neaßmstraße.
1. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hof-
partei.
Süden und Südwesten: Hermann Werner,
Gnollmannstr. 72, Laden.
2. Wahlkreis: St. Frig., Brunsenstr. 31, Hof rechts part.
3. Wahlkreis: Osten: Robert Henke, Andreasstraße 17. —
Bühnenstr. 11, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufplatz 14/15
(Laden).
5. Wahlkreis: Leo Rucht, Semmelnstraße 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Neubau und Hansviertel): Karl Anders,
Salzweidenerstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Weise, Nazarethstraße 49.
Rosenhäger und Oranienburger Vorstadt: Hermann
Rafle, Adelerstr. 35, Eingang Anklamstraße.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Sielinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Schönerstr. 123.
Adlershof: Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Alt-Gliencke: Wilhelm Darré, Rudowstr. 83 II.
Baumschulweg: D. Harnig, Marienbalestr. 13, I.
Bernau-Röntgenal: Heinrich Brose, Hobeisenstr. 74, part.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeiler, Bohnsdorf, Ge-
nossenschaftshaus.
Charlottenburg: Gustav Schanzberg, Eisenheimerstraße 1, Ecke
Goethestraße, Laden.
Eichwalde, Zehlendorf, Miersdorf und Hanksel Ablage:
Fritz Döbner, Eichwalde, Kronprinzenstr. 81.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshägerer Chaussee.
Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernice Schöller, 119,
Hof I, in Steglitz. Beteiligungen nehmen entgegen in Steglitz:
D. Röhrt, Doppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Alhornstr. 15a.
Friedrichshagen: Ernst Berkmann, Friedrichstr. 67.
Grünau: Hans Klein, Bahnhofsstr. 6 III.
Hohen-Neuendorf: Wilhelm Lentzner, Stolperstr. 50 I.
Johannisthal: Bielde, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Käfer, Adelerstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Nieder-
lehme, Winkelmannstr. 12.
Köpenick: Emil Döhler, Kleberstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto
Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Mahlsdorf,
Waldenstr. 14.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 206, Hof.
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, partiere.
Nieder-Schöneweide: Paul Bengel, Grünauerstr. 8.
Nowawes: Wilhelm Kapper, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: August Henjes, Kaufenerstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Wärsen-
straße 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:
B. Gursch, Rameistr. 12, I.
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenfranz, Alt-Boxhagen 56.
Schmargendorf: Gustav Kaminski, Guntelstraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Sämler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: H. Döppner, Nagowstr. 9.
Tegel, Borsigwalde, Wittusen, Waldmannslust,
Hermendorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast,
Borsigwalde, Bismarckstraße 10.
Teltow: Wilhelm Kehler, Dohrenweg 7.
Tempelhof: Albert Ebel, Friedrich Wilhelmstr. 20.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiehlstraße 412, Laden.
Wilmersdorf-Halensee: Wittnebel, Landhausstr. 27.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden. 245/1*

Goldisanschmuck
Beste Ersatz für echten Goldschmuck, starke 14kar. Gold-
auflage, 10jährige unbedingte Garantie für gutes Tragen,
sonst verbürgter Umtausch. — Elegante Original-Elbia. —
Billige Preise. — Erhältlich in Goldwarenhandlungen.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Leihhaus
Gegenstandskaufe verfall. Gold-
und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 I
Ecke Ritterstr.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruch-
handagen, Leibbinden, Ge-
radehalter, Spritzen, Suspensionen
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant
für Orts- und Hilfs-Krankentagelien.
Berlin N.,
Jebst Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Be-
loten, angenehm u. weich am Körper.

Am Sonnabend, den 24. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr,
verschied nach kurzem schweren Leiden meine liebe,
unvergessliche Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter,
Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Minna Wörner geb. Pfennigwerth
im 49. Lebensjahre. — Dies zeigen tiefbetriibt an
Heinrich Wörner und Angehörige, Gubener Straße 23.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. Juni,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-
Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. (297b)

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und
Krankenspenden bei der Beerdigung
meines lieben Vaters, unseres guten
Vaters

Neumann Hirschfeld
sagen wir allen Freunden und Be-
kanten, sowie dem Hilfsarbeiter-
Verband, der Firma Hede, dem
Hilfsverein und dem Sängers-
quartett unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witw. Frau Hirschfeld
nebst Söhnen. 16769

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Liebe beim Hinscheiden und der Be-
erdigung unseres lieben Vaters,
Schwiegeraters, Großvaters, Bru-
ders, Schwagers und Onkels

Fritz Storr
sagen wir allen Verwandten, Freun-
den und Bekanten, sowie dem Ver-
band der Glasarbeiter, dem Gesangs-
verein „Frohinn“ und der Direction
der Stralauer Glashütte unseren
herzlichsten Dank. 2985
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt 62/9*
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Gebrauchte
Motordroschke,
reparaturbedürftig, mit Po-
lizienummer, für 2500,00 M.
zu verkaufen.
Anfragen erbeten unter
N. 2 an die Exped. d. Bl.

A. Grimberger
Berlin N., Hussenstraße 40
Tel. Amt III. No. 4304.
Holz- u. Kohlenhandlung
Ausnahme-Preise.

Abnahme: Juni-Juli.
Beste Seiffenberger Marken ab
Platz von 10 Zentner an:
Prima Halbsteine, Lauch-
hammer Ztr. 81 Pf.
Halbsteine, Heyo 85
Beckwitz-Briketts 80
Annu 87
Vulkan u. Pfannen-
schaff 89
la Anhalt-Kohlen-
werke 95
la Lisa 95
Anthrazit-Cadé 2,15 M.
Koks, Steinkohlen u. Holz
zu den billigsten Tages- und Kon-
ventionspreisen.
Anlieferung frei Keller, je nach
Quantum, pro Zentner 10 bis
15 Pf. mehr.
Bei größeren Abschüssen ver-
langen Sie meinen Vertreter.

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Zehlendorf.
Am 25. Juni verstarb unser
Mitglied, der Maurer

Richard Gersdorf.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 29. Juni, abends
6 Uhr, von der Leichenhalle des
Zehlendorfer Gemeindefriedhofes,
Spandauer Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
138/2 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 27. d. M.,
entschied nach kurzen, aber schweren
Leiden mein lieber Mann, unser
guter Vater, Schwiegerater, Groß-
und Urgroßvater, der Gahmirt

Heinrich Knappe
im 74. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetriibt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Adelerstr. 60.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 30. d. M., nach-
mittags 6 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Marien-Straßhofes,
Prinzen-Allee, aus statt. (2965)

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekanten
hiermit die traurige Nachricht, daß
meine liebe Frau, unsere gute
Mutter

Emma Glasgow
geb. Hanke
am Sonntag, den 27. Juni, nach
langem schweren Leiden in der
Anstalt Daldorf an Gehirn-
erweichung verstorben ist.
Der trauernde Gatte
Edoff Glasgow, Bürstenmacher
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 30. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle der Friedbergsgemeinde (Nord-
end) statt.

Allen Freunden, Bekannten und
Genossen die traurige Nachricht,
daß meine innigstgeliebte Frau
Marie Hagemoser
geb. Parkowska
nach langen Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 30. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichenhalle
des Johannisthal-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Franz Hagemoser
nebst Kindern.
16772

Hygienische
Bedarfsartikel. Neues Katalog
in Empfehlung. Aerzte u. Prof. grat. u. d. H.
H. Unger, Gummiswarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92

Peek & Cloppenburg
BERLIN C. 19
Roßstr. 1 u. 1a • Gertraudenstr. 26 u. 27

Knaben- und Jünglings-Wasch-Joppen-Anzüge. Brustweite 64-67 76-86

Brutus	Mittelgrauer Waschstoff, glatte Hose	Form 1 M.	8.75	4.75
Javol	Grau meliert	" 7 "	6.75	7.75
Hartwig	Mittelgrau melierter Waschstoff, glatte Hose	" 4 "	7.50	8.75
Tristan	Dunkelgrauer Waschstoff, glatte Hose	" 8 "	8.-	9.25
Tantris	Oliv gestreift, Manschettenhose	" 11 "	8.-	9.25
Herkules	Grüner Schilfleinen-Anzug, glatte Hose	" 7 "	8.50	10.50
Humbold	Modelfarbiges Leinen, Manschettenhose	" 7 "	9.50	11.25
Wenzel	Dunkelgrauer kl. kariert. Waschstoff, Manschettenhose	" 11 "	9.50	11.25
Prendis	Grau-bräuner	" 3 "	10.-	11.50
Markus	Hellgrau melierter	" 3 "	12.-	13.75
Constantin	Modelfarbiger Waschstoff, mod. kariert	" 3 "	12.-	13.75
Follrad	Schwarz-weiß gemusterter Waschstoff,	" 7 "	12.50	14.75
Leberecht	Mittelgrau melierter	" 12 "	12.50	14.75
Eitel	Braun-grau gestreifter	" 3 "	14.-	17.-
Collin	Hellgrauer, kl. kariert, eleg. Wasch-Anzug,	" 13 "	15.-	17.25
Oscar	gestreifter Lister-Anzug,	" 5 "	17.-	19.75

Fertig am Lager. **Knaben-Pelerinen.** **Fertig am Lager.**
Sämtliche Pelerinen sind mit abknöpfbarer Kapuze und Durchgriffen versehen.
Loden-Pelerinen von 90 cm Länge an auch mit Tragbändern.

	Länge cm	60	70	80	90	100	110	120
8385	Glatter, dunkelgrauer Loden	M. 6.-	6.50	7.-	7.50	8.-	8.50	9.-
8386	Marengo Strichloden	" 7.-	7.50	8.-	8.50	9.-	9.50	10.-
8387	Olivfarbiger Strichloden	" 7.-	7.50	8.-	8.50	9.-	9.50	10.-
8388	Guter marengo Strichloden	" 7.50	8.-	8.50	9.25	10.-	10.75	11.50
8389	Olivfarbiger, guter Strichloden	" 7.50	8.-	8.50	9.25	10.-	10.75	11.50
8390	Leichter, dunkelgrauer Kamelhaarloden	" 9.-	9.75	10.50	11.25	12.-	12.75	13.50
8391	grün melierter	" 9.-	9.75	10.50	11.25	12.-	12.75	13.50
8392	Guter, mittelgrauer	" 12.-	13.-	14.-	15.-	16.-	17.-	18.-
8393	marengo	" 12.-	13.-	14.-	15.-	16.-	17.-	18.-
8394	Prima	" 14.-	15.-	16.-	17.50	19.-	20.50	22.-
8395	olivfarbiger	" 14.-	15.-	16.-	17.50	19.-	20.50	22.-
L1707	Graue Gummi-Pelerine	"	"	"	12.50	12.50	14.-	15.50

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Am heutigen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Neuen Rathhäusern, Weiningerstraße 8, die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die jetzige politische Situation. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Lehmann-Wiesbaden. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Der Vorstand.

Steglitz. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhase, Ahornstr. 15a: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Das neue Organisationsstatut“. Diskussion und Vereinsangelegenheiten. Genosse Woldeley wird den ersten Punkt behandeln. Der Vorstand.

Biesdorf. Parteigenossen! Heute Dienstag Ababend bei Gustav Berlin, Marzahnener Straße. Seid alle pünktlich 1/2 9 Uhr zur Stelle. Der Vorstand.

Vorsigwalde-Wittenau. Am Mittwoch, den 30. d. M. in den „Vorsigwalder Feststätten“, öffentliche Versammlung für Frauen und Männer. Vortrag über „Erbzuchtfragen“. Referent Dr. Alfred Bernstein. Hierzu heute abend Handzettelverbreitung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute Dienstag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in Stephans „Lindengarten“, Lindenstr. 43, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Die Reichsversicherungsordnung. Referent: Stadtverordneter Genosse Adolf Ritter. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Reinickendorf (West). Heute abend 8 Uhr findet bei Otto, Berliner Straße 113/114, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Genossen Paul Brühl-Lichtenberg über: Ein Rückblick in die Geschichte der Partei. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Ueber die Schlemmerei der Berliner Pastoren

Schreibt aus Anlaß der Skandalaffäre des nach Amerika geflüchteten Schuldpastors Werlenthin von Gethfemane in der „Voss. Ztg.“ ein Berliner Theologe einen lehrreichen spaltenlangen Artikel. Da der Verfasser selbst vom „Vau“ ist, muß er ja am besten wissen, wie es zugeht, so daß seine Ausführungen um so beachtenswerter sind. Originell ist zunächst der Hinweis, daß Werlenthin vor mehreren Jahren eine damals viel erörterte unduldsame Predigt hielt, wonach nur der pietistische Glaube imstande sei, eine sittliche Lebensführung zu verbürgen. Die moralische Haltung solcher Personen, die nicht auf dem Boden des kirchlichen Evangeliums stehen, sei im besten Falle eine Festigkeit auf Zeit. Nun, Werlenthin hat ja bewiesen, daß er entweder niemals innerlich pietistisch war, oder daß auch er nur „auf Zeit“ die moralische Haltung besaß und trotz seines vielleicht vorhandenen frommen Glaubens an das Evangelium vor sittlichen schweren Verfehlungen, die der Staatsanwalt verfolgt, nicht zurückschreckte, ja sogar im grauesten Elend den kirchlichen Boden vollständig unter den Füßen verlor. Solcher Christlichen die eine sittliche Lebensführung mit dem Munde heucheln und sich durch die Praxis in höchstem Widerspruch mit dem frommen Glauben sehen, gibt es noch eine Menge. Umgekehrt zählen diejenigen, welche von der Kirche nichts wissen wollen und trotzdem ein hochgeinntes Leben führen, nach Hunderttausenden, wie selbst der theologische Artikelschreiber der „Voss. Ztg.“ unbedenklich zugibt. Er kommt dann allgemein darauf zu sprechen, daß sehr viele Berliner Pastoren auf der rechten wie auf der linken Seite ihrer kirchenpolitischen Gruppierung in einem bedenklich zunehmenden Maße vertweltlichen und über ihre Verhältnisse hinaus leben. Junge Prediger können mit den älteren kaum mehr gesellschaftlich verkehren, weil es in manchen Pfarrhäusern zu Luzzurdi zugeht und es ihnen nicht möglich ist, die teuren Gastereien zu erwidern. Deshalb liege die Versuchung nahe, auf irgendeine, also auf unrecke Weise, die nicht vorhandenen Mittel zu beschaffen. Bekanntlich tun das heutzutage die meisten jungen Geistlichen, was unser freimütiger Theologe nicht sagt, auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege einer reichen Heirat. Der moderne Pastor nimmt ebenso gern eine wohlhabende Wauwaukliche höhere Semester als eine reiche Schlächtermeisterstochter, unter Umständen sogar eine übertretende Jüdin. Es heißt dann weiter, daß viele Berliner Pastoren den ganzen Winter über jeden Abend mit zwei bis drei Einladungen zum Diner bedacht sind und selten vor zwei Uhr nachts heimkehren, worunter die Eheliche der kirchlichen Pflichten, besonders auch der Kindererziehung, bedenklich leiden müsse. Dagegen stimmt es nicht, wenn der Artikelschreiber die Ansicht vertritt, daß die bekannten Familienbesuche der Berliner Pastoren aus Anlaß von Einsegnungen, Kindtaufen und Hochzeiten ein „rührendes Bild“ seien. Der Pastor weiß ganz genau, weshalb er zu solchen Gastereien in fremde Häuser geht. Die fortgesetzte Schlemmerei ist ja vielleicht seinem Magen nicht immer angenehm. Aber bloß aus Herrlichkeit geht er auch nicht hin. Vielmehr hat gerade die Einsegnungsfeier für ihn einen stark metallischen Beigeschmack. In Berlin ist nämlich noch weit die Unsitte verbreitet, zur Einsegnung den Pastor persönlich mit einem Geldgeschenk zu bedenken, dessen Höhe zwischen 5 und 20 M. schwankt. Bekommt er das Trinkgeld schon vor dem Einsegnungstage, so muß er sich anstandslos im Hause einige Minuten setzen lassen. Wird es ihm aber nicht ins Pfarrhaus gebracht, dann — holt er es selbst! Selbst diejenigen, welche nichts geben wollten, sind dann so „gerührt“, daß sie doch in die Tasche greifen. Sehr richtig sagt der aus der Schule plaudernde Theologe: „... wo der Selbstübel, die Austerzucht und das Automobil zum täglichen Bedürfnis wird, da muß zwischen dem Träger des Evangeliums „vom armen Leben Jesu“ und seiner Gemeinde sich eine Entfremdung einstellen.“ Er irrt dann aber wieder mit den Worten: „Manche Pastoren sind zu stolz, in eine sozialdemokratische Versammlung zu gehen, weil dort ihr Stand unanständig kritisiert werden könnte, — so sehen sie untätig zu, wie immer neue Scharen von der Kirche sich trennen.“ Nein, nicht Stolz ist es, sondern Ehracht und die Erkenntnis gerade der scheinbar Frommsten, daß der Boden der Kirche immer mehr ins Wasser gerät. Sie fürchten, die Wahrheit zu hören, und sind zu feige, sich zu verantworten. Nur von der stolzen, geschickten Höhe der Kanzel werfen sie mit Schmutz auf diejenigen, welche das wahre Gesicht der Kirche erkannt haben, ... nach Art des Schuldpastors Werlenthin und Konforten.

Zum Zwecke wissenschaftlicher Erforschung der höheren Luftschichten läßt man kleinere oder größere mit Gas gefüllte Luftballons steigen, oder auch Drachen vom Winde emporheben, welche Instrumente tragen, die selbsttätige Aufzeichnungen über die Temperatur, die Feuchtigkeit, die Windstärke usw. ausführen. Da diese Ballons usw. zu klein sind, um Menschen tragen zu können, so wird vorausgesetzt, daß sie — von verständigen Leuten gefunden — in zweckmäßiger Weise behandelt und aufbewahrt und schließlich an den Eigentümer zurückgeschickt werden.

Ein schweres Gewitter zog am Sonntagnachmittag auf und verursachte großen Schaden. Infolge des wolkenbruchartigen Regens, von dem das Gewitter stellenweise begleitet war, wurden vielfach Ueberflutungen hervorgerufen. Wege und Stege, tief gelegene Straßen, Keller, Gärten und Höfe wurden an verschiedenen Stellen in Berlin und den Vororten unter Wasser gesetzt. Ganz in der Nähe von Stolpe wurde eine mächtige Kiefer vom Blitz getroffen, und nicht weit von dieser Stelle, nahe den Orten Hohen-Neudorf und Bergfelde, schlug der Blitz in einem Neubau ein. Dieser stand bald in Flammen. Von allen Seiten eilten die freiwilligen Feuerwehren herbei. In kurzer Zeit waren die Wehren aus Schönfließ, Rühlendeb, Wilmersdorf, Stolpe und anderen Orten teils mit ihren Spritzen, teils mit Wagen oder per Fahrrad zur Stelle. Sie mußten längere Zeit trotz strömenden Regens Wasser geben, um die Flammen, die reiche Nahrung gefunden hatten, zu löschen. Ferner wurden aus Treptow und anderen Orten Kurzschlüsse gemeldet, die auf Blitzeschläge zurückgeführt werden.

Die juristische Sprechstunde am morgigen Mittwoch fällt aus.

Eine Tierschutzpredigt hat am Sonntag auf Veranlassung der vereinigten Tierschutzvereine von Berlin und der Vororte in der Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche stattgefunden. Der Pastor Behrend, Geistlicher der Anstalten in Buch, verwies in seiner Predigt auf die religiöse, ethische und pädagogische Seite des Tierschutzes.

Ein Pflageheim für erblich kranke Kinder ist am Sonntag in Friedrichshagen eröffnet worden. Anmeldungen zur Aufnahme erblich-typhillischer Kinder, event. mit ihren Müttern, werden in der Dr. Rosenthal'schen Klinik, Oranienburger Straße 40/41, entgegengenommen.

Jugendausflüge.

Für die aus der Schule entlassene Jugend veranstaltet der Jugendausflug von Groß-Berlin am kommenden Sonntag wieder einen Massenausflug nach Adlershof. Wir machen schon heute auf diese allseitig gefundene Veranstaltung aufmerksam, damit sich die jungen Leute darauf einrichten können. Die Treffpunkte werden noch bekanntgegeben.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich Sonntag vormittag auf dem Gesundbrunnen ereignet. Eine etwa 50-jährige Frau wollte gegen 4/10 Uhr an der Ecke der Christiania-Straße den Bahndamm der Kronheimer Straße überschreiten, als ein Straßenbahnzug der Linie 38 (Kreuzberg-Schönholz) und ein Automobil herannahen. Im Begriff, zwischen diesen beiden Fahrzeugen hindurchzugeschleichen, wurde sie aber von der Plattform des elektrischen Wagens erfasst, niedergedrückt und geriet unter den Waggon. Der Wagenführer brachte zwar augenblicklich die Gefahrbräse in Anwendung, konnte aber trotzdem nicht verhindern, daß die Unglückliche mit beiden Füßen unter den Schuhrahmen zu liegen kam. Um die Frau zu befreien, mußte der Wagen aufgehoben werden. Die Verunglückte, die, wie später festgestellt wurde, durch den Sturz auch schwere innere Verletzungen erlitten hatte, verstarb schon auf dem Transport nach der Unfallstation. Die Personalien der Frau, die taubstumm gewesen sein soll, konnten bisher nicht festgestellt werden.

Ein Betriebsunfall, der schwere Folgen nach sich ziehen konnte, ereignete sich am Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr auf der Straßenbahnlinie Schleißer Bahnhof-Treptow-Köpenick. Im Spreetunnel zwischen Stralau und Treptow geriet plötzlich ein Rotortwagen in Brand. Im Nu war der Tunnel in seiner ganzen Länge fast mit Rauch angefüllt, die Fahrgäste konnten sich nur mit Anstrengung aller Kräfte aus dem dicken Qualm heraus in Sicherheit bringen, indem sie teils nach Treptow, teils nach Stralau flüchteten. Das Betriebspersonal der Straßenbahn arbeitete sofort und mit anerkanntem Mut an der Herausführung der Wagen. Besondere bei den Ausflüglern rief es hervor, daß die Stralauer Feuerwehr sich nicht feigen ließ, zumal niemand wußte, ob die im Tunnel befindlichen Fahrgäste den Ausgang durch den Rauch schnell genug finden würden.

Die Ortsfeuerwehr hatte am Sonntag etwas anderes zu tun; der Stralauer Kriegerverein hatte Fahnenweihe, da hatte es sich die Feuerwehr nicht nehmen lassen, geschlossen an dem öffentlichen Umzuge teilzunehmen. Dennoch hatte sie es möglich gemacht, bereits eine halbe Stunde nach dem Unfall auf der von dem Festplatz etwa zwei Minuten entfernt liegenden Brandstätte zu erscheinen, um festzustellen, daß das Betriebspersonal der Straßenbahn in anerkannter Weise die Funktion der Feuerwehr übernommen hatte.

Wegen des Ueberfalls auf die Witwe Ernestine Reschle, der am 7. Mai morgens um 8 Uhr in der Körnerstr. 20 verübt wurde und eigentlich einem Geldbrieffräger galt, haben die im Stillen weiter betriebenen Nachforschungen der Kriminalpolizei zu einer bedeutenden Verhaftung geführt. Der Räuber, ein Schlafbürche der Ueberfallenen, der sich fälschlich Karl Winkler nannte, lenkte damals durch von ihm selbst ausgegebene Postanweisungen an Winkler den Geldbrieffräger in seine Wohnung. Nur durch eine Reihe von Zufällen entgingen der Beamte und Frau Reschle dem Tode. Die Frau hat erst kürzlich das Krankenhaus wieder verlassen. Während man unausgesetzt nach dem Täter suchte, tauchte in der Umgebung von Berlin ein Logischwindler auf. Kriminalkommissar Metelmann von der Lichtenberger Polizeidirektion, der diesen Schwindel nachging, fand mehrere Zettel, die der Ueberfallenen hinterlassen hatte, und war erstaunt über die Ähnlichkeit der Handschrift dieser Zettel mit den Postanweisungen an Winkler. Dazu kam, daß der Schwindler mehrere Wittinnen nach dem Befinden der Frau Reschle gefragt hatte, bevor noch das große Ausschreiben der Kriminalpolizei mit den abgebildeten Postanweisungen veröffentlicht worden war. Die Zettel waren mit verschiedenen Namen: Lehfeld, Leufald usw. unterschrieben. Kommissar Metelmann aber fand an einer Stelle eine von dem Schwindler zurückgelassene Postkarte, die an einen Adolf Hartmann gerichtet war. Die Karte war außerdem bemerkenswert, weil der Schreiber dem Empfänger, seinem Bruder, ans Herz legte, der Polizei Mitteilung zu machen und endlich ein ordentlicher Mensch zu werden. Adolf Hartmann wurde endlich in Charlottenburg ermittelt, wo er unter seinem richtigen Namen wohnte. Er leugnete die Logischwindel und wollte überhaupt die reine Unschuld sein. Als ihn aber die Gezellen bei der Gegenüberstellung bestimmt erkannten, legte er endlich ein Geständnis ab. Außerdem wurde ermittelt, daß er in Gleiwitz bereits wegen Eigentumsvergehens bestraft war. Jetzt liegen die Kriminalkommissare Weiß und Rundi, die den räuberischen Ueberfall auf Frau Reschle bearbeiteten, den Verhafteten nach Diktat schreiben, unter anderem auch die Adresse der Postanweisungen an „Winkler“. Man sah ihm an, daß ihm das gar nicht behagte. Die Ueber einstimmung mit der Handschrift ist verblüffend. Auch Verwandte des Hartmanns erkannten sofort seine Hand, und die Sachverständigen sagen ebenfalls, daß er nur die Postanweisungen geschrieben haben kann. Er selbst ließ sich erst möglichst wenig merken. Als ihm jedoch die Originale vorgehalten wurden, gestand er, die Anweisungen geschrieben zu haben, und zwar, wie er behauptet, auf Veranlassung eines gewissen Lippmann, mit dem er in der Provinz herumgezogen und auch nach Berlin gekommen sei. Dieser Lippmann habe ihm auf dem Postamt an der Ecke der König- und Heiligegeiststraße die Anweisungen und einen Zettel mit der Adresse gegeben, die er schreiben sollte und

auch geschrieben habe. Den Zweck dieses Auftrages habe Lippmann nicht angegeben, er habe vielmehr auf seine Frage geantwortet, das gehe ihn nichts an, die Hauptsache sei, daß er dabei etwas verdienen könne. Seit diesem Ueberfall will Hartmann noch verschiedentlich mit Lippmann zusammengekommen sein, nach dem Tage des Ueberfalls aber nicht mehr. Am 15. Mai sah der Verhaftete, wie er angibt, auf dem Schlesienschen Bahnhof die Ausschreibung der Kriminalpolizei angeschlagen, erkannte auf den Anweisungen seine Handschrift und bekam Angst. Jetzt schrieb er an seinen Bruder in Schleisen, was ihm begegnet sei. Die Antwort darauf war die Karte, die auf seine Spur führte. Den Rat, zur Polizei zu gehen, befolgte Hartmann nicht, weil er sie wegen der vielen Schwindelereien zu fürchten hatte. Mit dem Auftrag, die Adresse von einem Zettel abzuschreiben, scheint es nicht zu stimmen. Denn die Kriminalkommissare entdeckten in dem Notizbuch des Verhafteten den Namen Winkler ebenfalls. Es enthielt ihn, genau in denselben Schriftzügen wie auf den Anweisungen, schon früher, als diese geschrieben wurden. Während Kommissar Weiß in Berlin die Nachforschungen fortsetzte, ging Kommissar Rundi in der Provinz den von Hartmann angegebenen Spuren des Lippmann nach. Er ermittelte in Schlesien auch einen Mann dieses Namens, der mit Hartmann zu tun gehabt hat. Dieser kommt aber nicht in Betracht, weil er in der kritischen Zeit im Gefängnis saß. Jetzt gibt Hartmann, ein 20 Jahre alter, aus Pleschitz gebürtiger Berliner, der bereits in das Untersuchungsgefängnis übergeführt ist, an, der richtige Lippmann sei einige Tage nach der Tat über Paris nach Amerika gefahren, wo er Verwandte habe. Ein umfangreiches Ermittlungsverfahren nach Lippmann wurde nun in die Wege geleitet.

Weiter wird noch berichtet, daß der verhaftete Hartmann wohl an die 500 Schwindelereien verübt haben soll; auch besteht der Verdacht, daß er und der flüchtige Lippmann als Täter des vor drei Jahren in Leipzig verübten Ueberfalls auf den Geldbrieffräger Gübner in Betracht kommen.

Von einem gewaltigen Brande

Ist in der Nacht zum Sonntag Berlin heimgekehrt worden. Die Hauptverhältnisse der königlichen Eisenbahn-Berlininspektionen 2a und 2b, sind eingesehert worden. Die Feuerwehr wurde kurz vor 3 Uhr alarmiert, und zwar gleich sechsmal hintereinander. Alarm folgte auf Alarm. Als Brandmeister Voigt mit dem 7. Zuge an der Brandstelle, die sich in der Revaler Straße 62/64 befindet und von der Hohenlohestraße bis zur Warschauer Straße hinzieht, eintraf, hatten die Flammen schon eine so große Ausdehnung erlangt, daß sofort „Mittelfeuer“ an alle Wachen gemeldet werden mußte. Diesem Ruf folgte dann der Alarm „Großfeuer“. Da die Brandstelle an der äußersten Reichsgrenze von Berlin, angrenzend an Pöhlagen-Kummelsburg, liegt, so vergingen wohl an 30 Minuten, bis die Feuerwehr mit ihrer ganzen Kraft angreifen konnte. Inzwischen waren aber die zuerst eingetroffenen Besatzungen 7, 5, 6, 4, 1, 2 und 8 schon wieder vorgegangen. Oberbrandinspektor Reinhardt traf mit dem 20. Zuge ein und ordnete einen Angriff von allen Seiten an. Mit 5 B-Zügen und 10 C-Rohren von zehn Dampfspritzen wurde von der 2., 1. und 5. Kompanie unausgesetzt kräftig gelöscht. Eine leichte Brise aus Nordost erschwerte stellenweise die Arbeiten. Das Feuer ist nach den Angaben von Augenzeugen und von Beamten in einem Garberoberraum der Eisenbahn-Werkstätteninspektion ausgekommen und hat dann mit rasender Geschwindigkeit das geteerte Dach ergriffen. Man vermutet, daß Selbstentzündung von ölge tränter alter Arbeitskleidung vorliegt, doch ließ sich bei der großen und schnellen Ausbreitung des Brandes genaueres nicht mehr ermitteln. Von diesem Schuppen sprang das Feuer auf die angrenzenden über. In diesen fanden Eisenbahnwagen, darunter auch ein Schlafwagen, die mehr oder minder vom Feuer zerstört worden sind. Die Schuppen, sämtlich nach einer Seite offen, waren nicht zu retten, aus Furcht mit einem geteerten Dach bestehend, gaben sie, einmal vom Feuer erfasst, den Flammen die reichste und beste Nahrung. Zeitweise war der Qualm so enorm, daß man nicht zehn Schritte weit sehen konnte; die ganze Gegend war eingehüllt. Zahlreiche Personen hatten sich trotz der frühen Morgenstunde eingefunden, so daß von der unter Polizeioberst Hoest ausgerichteten veriterten Polizei die angrenzenden Straßen abgesperrt werden mußten. Nach vierstündiger angestrengter Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Zur Sicherheit blieb eine Brandwache zurück. Mit der Aufräumung soll Montag begonnen werden. Der Schaden ist bedeutend. 24 Eisenbahnwaggons sollen verbrannt sein.

Vom Dienstrevolver Gebrauch gemacht hat in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ein Schußmann in der Reinickendorfer Straße, Ecke Liebenwalder Straße. In dieser Gegend kam es zwischen den Schülern Hohenhauser und Süder und ständertenden jungen Burschen zu einem Zusammenstoß, bei dem der Säbel und schließlich auch der Revolver eine Rolle spielten. Nach polizeilicher Angabe sollen die Beamten bedrängt und ein scharfer Schuß auf sie abgegeben worden sein. Darauf habe Süder geschossen. Die Kugel drang einem der Gegner anscheinend in die Brust; er warf die Arme hoch und stürzte rücklings zu Boden. Die nunmehr flüchtenden wurden von Süder verfolgt. Als der Beamte an den Tatar zurückkehrte, war der Verletzte bereits vom Platz getragen worden und konnte bisher nicht ermittelt werden. Später gelang es noch, zwei der Beteiligten festzunehmen.

Beim Angeln ertrunken ist der sieben Jahre alte Knabe Max Riedle vom Kottbuser Ufer 61, dessen Leiche gestern nachmittag gelandet wurde. Der Kleine verunglückte am Freitagmittag am Luisenufer, hinter der fälschlichen Gasanstalt. Gestern sahen Schiffer, die dort liegen, die Leiche treiben und bargen sie.

Wer kennt den Toten? Am 16. d. M. gegen 2 Uhr nachts ist eine unbekannte männliche Person auf dem Eisenbahnterrain in der Nähe der Station Rahnsdorf, vom Eisenbahnzuge überfahren, tot aufgefunden worden. Es liegt anscheinend Selbstmord vor. Der Aufgefundene war etwa 40 Jahre alt, von unterseher Figur, hatte dunkelblondes Haar, rötlichen Spitzbart und war bekleidet mit dunklem, leicht gestreiftem Jackett, ebensolcher Hose, grau-punktiertes dunkler Weste, Jägerischer Unterhose, Ueberhemd und weichem Hemd, grau- und grügestreiften Hofenträgern, grauen, baumwollenen Strümpfen, weihem Kragen, schwarzer Krawatte und schwarzem feinen Filzhut. Irigendwelche Legitimationspapiere waren bei der Leiche nicht vorhanden, dagegen wurde bei derselben ein gelbes Taschentuch mit breiter weißer Kante, ein schwarzes Wägelportmonnaie mit 1,08 M. Inhalt, ferner ein Kneifer mit Ridelrand, ein schwarzes Taschenmesser und eine Schachtel Streichhölzer vorgefunden. Irigendwelche Angaben, welche zur Ermittlung der Persönlichkeit des Toten führen könnten, wollte man im Polizeipräsidium, Zimmer 249, machen. Außerdem nimmt der Amtsbefehl der Oberförsterei Köpenick im Amtsbureau in den Vormittagstunden von 8—12 Uhr Angaben entgegen. Dort können auch die bei der Leiche vorhanden gewesenen Gegenstände besichtigt werden.

Vorsicht vor Radfahrern. Ein Bekehring kam am Sonnabend gegen 8 1/2 Uhr aus dem Geschäft und passierte mit seinem Fahrrad den Belle-Alliance-Platz. An der Wilhelmstraße stieg er ab, um etwas in Ordnung zu bringen. Wald erbot sich ein junger Mann von 17 bis 18 Jahren, welcher ohne Kopfbedeckung von der Wilhelmstraße kam, ihm behilflich zu sein. Nachdem die Kleine

Reparatur erledigt, hat der fremde junge Mann, einige Male hin- und herfahren zu dürfen, und stieg auch ohne weiteres auf. Plötzlich fuhr er im raschen Tempo dem Galleischen Tore zu und verschwand. Das gestohlene Rad mit Freilauf, Marke „Ezzellent“, stammte aus der Fabrik von Fr. Meyer aus Leipzig. Wer nähere Mitteilungen über den Verbleib des Rades machen kann, möge solche an Ernst Loh, Fribienstraße 13, gelangen lassen.

Verstorbene ist seit dem 2. Januar dieses Jahres der siebenjährige Kaufmannslehrling Hans Kühl. Er ist ein hässlicher junger Mann, hatte dichtes schwarzes Haar und dunkle Augen. Wer ihn nach dem 2. Januar gesehen hat, wird gebeten, Frau Buchholz, Planufer 92E, Mitteilung zu machen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine neue Arbeiterfürsorge einzuführen plant der Magistrat in Charlottenburg. Dielefeld hat's dem Magistrat angetragen. Dort besteht nämlich die Einrichtung, daß die Stadt sich bemüht, für die Armen, die bei der Stadtoberverwaltung um Unterstützung nachsuchen, Arbeit zu beschaffen. Es kommt nicht darauf an, inwieweit diese Armen in ihrer Arbeitsfähigkeit beschränkt sind. Wenn sie nur „arbeitswillig“ sind, dann besorgt ihnen die Stadt entweder in den eigenen Betrieben eine Arbeitsgelegenheit oder sie bringt die Leute bei Privatunternehmern unter, und zwar zu der Bedingung, daß der Unternehmer diese „Arbeitswilligen“ nur zum Teil zu bezahlen braucht, da die Stadt einen Teil des Lohnes auf ihre Kasse nimmt. Dann befreit die Stadt diese Arbeiter ferner von der Krankenversicherungspflicht und übernimmt selbst das Risiko der Krankenfürsorge für diese Personen.

Das mag sich alles ganz nett anhören, aber in dieser scheinbaren Fürsorge für die Armen steckt doch eine gewaltige Portion sozialer Rücksichtslosigkeit und egoistischer Verpflegungsneigung der Gemeinde. In erster Linie läßt sich die Stadt dabei von dem Wunsch leiten, durch eine „Erziehung der Armen zur Arbeit“ ihre Armenlasten zu vermindern. Zum anderen aber leistet eine Gemeinde mit solcher Maßregel der Lohnrückerei einen geradezu gemeingefährlichen Vorschub. Und obenrein zahlt sie den Unternehmern unter Umständen eine respektable Liebesgabe. Geschädigt wird bei diesem Verfahren in erster Linie der arme selbst. Einmal wird man auch sehr arbeitsfähig beschränkte Armenpflanzlinge durch die eventuelle Vorenthaltung der Armenunterstützung zur Arbeit zwingen, während man ihnen dann noch die Vorteile der Krankenversicherung entzieht, und sie im Fall der Krankheit der Armenkrankenpflege überläßt. Der Vorteil von dieser Maßnahme hat nur der Unternehmer. Er bekommt billige und sehr willige Arbeitskräfte, für deren äußerst geringe Bezahlung ihm durch den von der Stadt zu zahlenden Lohnzuschuß eine sehr willkommene Rechtsfertigung gegeben ist. Dann spart der Unternehmer für diese Arbeiter die Versicherungsbeiträge. Solche billigen und willigen Arbeitskräfte aber müssen auch auf den Lohn der übrigen Arbeiter drücken. Ein weiterer Vorteil erwächst also dem Unternehmer. Und welchen Nutzen der Unternehmer in Fällen von Differenzen mit „seinen“ Arbeitern durch diese administrative „Arbeitswilligen“-Versicherung haben kann, ergibt sich von selbst. Während also auf der einen Seite für die Armen eine scheinbar sehr verständige soziale Fürsorge geübt wird, erschwert man den übrigen Arbeitern ihre Lage dadurch ungemein.

Selbstverständlich fand diese Dielefelder Maßnahme den lebhaften Beifall des preussischen Ministers des Innern, der den anderen Gemeinden das Vorgehen Dielefelds zur Nachahmung wärmstens empfahl. In Charlottenburg möchte man nun dieser Aufforderung des Ministers folgen. Doch einstweilen nicht im vollen Umfange des Vorgehens der Dielefelder Stadtverwaltung, sondern man möchte sich zunächst darauf beschränken, eine Anzahl beschränkt arbeitsfähiger Armenpflanzlinge bei der Straßenreinigungsdienstleistung auf den Abstellplätzen, in den Depots und auf den Straßen und Plätzen zu beschäftigen. Nach denselben Grundgedanken wie in Dielefeld soll auch für die „Arbeitswilligen“ nur ein Teillohn, schwankend zwischen 2 bis 3 M., gezahlt werden. Ingesamt sollen für das laufende Geschäftsjahr 15 000,00 M. aufgewendet werden.

Will man einigen beschränkt arbeitsfähigen Leuten leichte Arbeit verschaffen, so steht dem ja auch jetzt nichts im Wege, und wir wären die Besten, die diesem Bestreben hemmend in den Weg treten wollten. Aber dazu bedurfte es dieser Vorlage des Magistrats nicht. So harmlos man dieselbe auch deuten mag, in ihr liegt die Gefahr, daß sie auch für Charlottenburg der Beginn der Einführung der Dielefelder Einrichtung wird und daß auch hier der Zustand herbeigeführt werden kann, daß man die unterstützungsbedürftigen Armen den lohnrückenden Unternehmern in die Hände treibt. Senzen doch so manche Mitglieder im Magistrat und in der Stadtoberverordnetenversammlung schon heute über die „schweren Lasten“, welche die Stadt durch die Armenverpflegung zu tragen hat.

Bemerkenswert ist, daß in einem „liberalen“ Tageblatt diese Vorlage des Charlottenburger Magistrats als ein „sozialpolitisch interessantes Experiment“ bezeichnet wurde. Wir und mit uns die Arbeiterschaft danken für diese Experimentiererei, für welche die Armen und die Arbeiter die Kosten zu tragen haben werden.

Nach einmal die Erhöhung der Magistratsgehälter. Wie der Stadtoberverordnetenvorsteher in der Versammlung der Stadtoberordneten am 23. Juni mitteilte, habe er sich bemüht gefühlt, „amtlich die richtigen zahlenmäßigen Ergebnisse“ der von den „Liberalen“ beschlossenen Erhöhungen der Magistratsgehälter in bezug auf den finanziellen Effekt für das laufende Rechnungsjahr festzustellen. Und dabei habe sich ergeben, daß der mehr aufzuwendende Betrag „nur“ 15 000,47 M. beträgt. So erfordert die Gehaltsaufbesserung für den Rämmerer „nur“ 1875,00 M., für den Stadthauswart „nur“ 2284,72 M., dagegen bei einem Stadtrat 1430,00 M. und bei den beiden anderen Stadträten 1025 und 1000 Mark mehr, so daß sich in Prozentzahlen ergeben 13,10, 24,27, 14,20, 16,46 und 13,33 Proz. — Selbst wenn man diese Zahlen als einwandfrei gelten läßt, dürfte man zu der Auffassung kommen, daß die „Liberalen“ für die Herren im Magistrat sehr reichlich gesorgt haben. Was wir auch nur beweisen wollten.

Schöneberg.

Personalanweisung der Gemeindeverwaltung der Stadt Schöneberg 1909. Unter diesem Titel hat der hiesige Magistrat ein 214 Seiten umfassendes Buch herausgegeben. In alphabetischer Reihenfolge gibt die Inhaltsübersicht Auskunft über sämtliche kommunale Einrichtungen, Verwaltungsbüroaus, Kommissionen, Ausschüsse, Deputationen, über das Schulwesen, die Sänglingsfürsorge sowie über die Wohlfahrtsvereinigungen der Stadt. Besonders umfangreich ist die in dem Buche enthaltene Personalanweisung. Sämtliche im Dienste der Stadt beschäftigten Beamten, Stadtoberverordnete und Magistratsmitglieder sind mit genauer Adressenangabe vermerkt. Auch die Adressen der nichtstädtischen Behörden, als da sind das Polizeipräsidium Schöneberg, Einwohnermeldeamt, Polizeireviere, Post- und Telegraphenämter, Privatschulen und Wohlfahrtsvereinigungen sind enthalten. Zum Schluß sind in alphabetischer Reihenfolge die Straßen und Plätze sowie die dazu gehörigen Stadt-, Einkommensteuerbezirks- und Armenkommissionsbezirke, Schiedsmannsbezirke und Armenkommissionsbezirke aufgeführt.

Das Buch ist für alle diejenigen, die sich in den kommunalen Einrichtungen Schönebergs informieren wollen, ein zuverlässiger Führer.

Friedenau.

Ueber Kantstys Broschüre „Der Weg zur Macht“ referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Paul Richter. Der Redner stellte sich voll und ganz auf Kantstys Standpunkt; auch er glaubt nicht an ein allmähliches Hineinwachsen in die sozialistische Gesellschaft; er fordert die Genossen auf, überall

auffärend und organisierend zu wirken, damit in den Tagen, wo sich unsere Ideale verwirklichen sollen, ein großes, aufgestärktes, organisiertes Proletariat seinen Willen durchsetzen kann. Sein mit großem Beifall aufgenommenem Vortrag stieg aus in ein festest Vertrauen auf den endlichen Sieg des Sozialismus. Hierauf gab Genosse Richter einen Bericht von der Bezirkskonferenz in Groß-Lichterfelde. Er wies besonders auf den neuen Verband der Land-, Wald- und Forstarbeiter hin, dem eine große Bedeutung beizumessen sei, da es notwendig ist, gerade unter die Proletariat auf dem Lande Aufklärung zu tragen. Weiter gab er eine Anregung bekannt, in Friedenau eine Rechtsanwaltsstelle für politische und Rechtsfragen einzurichten. In der Besprechung des Organisationsstatus sprach sich die Bezirkskonferenz für die Einrichtung von Wochenbeiträgen und gegen die Gratislieferung der „Gleichheit“ an die Frauen aus. Zur Verlebung der Gleichheit wurde ein gemeinsamer Ausschuss zu Barendorf nach Groß-Lichterfelde und ein Besuch der Treptower Sternwarte in Aussicht genommen. Bei der Reise wurde eine Semi-Emallebroche mit einem Kinderkopf gefunden. Der Verlierer kann sich diese bei Genossen Klemm, Friedenau, Roselstr. 8, abholen.

Lichtenberg.

Der Finalabschluß der städtischen Hauptkasse für das Jahr 1908 zeigt nach einer Mitteilung des Magistrats einen Ueberschuß von rund 60 000 M. Die Steuereinnahme weist einen Ueberschuß gegen den Voranschlag von etwa 8000 M. auf. Wenn nun noch mitgeteilt wird, daß der aus dem Ausgleichsfonds in den Etat eingesezte Posten von 59 000 M. nicht zur Vereinnahmung gelangt ist, der Ueberschuß also gegen den Etatjahrs 119 000 M. betragen würde, so ist das Resultat in der Hauptkasse darauf zurückzuführen, daß die großen Reste aus früheren Jahren besser in der Einnahme erschienen.

Rudow.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntag am Teltowkanal in der Nähe von Rudow. Der Arbeiter Rose war früh spazieren gegangen und kam an den Teltowkanal, wo er sich an der Böschung niederlegte und einschlief. Plötzlich erwachte er durch das Geräusch eines herankommenden elektrischen Zugwagens der Treidelbahn und sprang in der Schlaftrunkenheit unmittelbar vor dem Kraftwagen auf die Schienen. Der Vorgang spielte sich so schnell ab, daß es dem Wagenführer nicht möglich war, rechtzeitig anzuhalten, und so geriet der Arbeiter unter die Räder des Treidelwagens. Ihm wurden beide Füße vom Körper abgetrennt. Der Schwerverletzte wurde nach dem Kreiskrankenhause in Orly gebracht, wo er fast hoffnungslos darniederliegt.

Ober-Schöneweide.

Da der von unseren Genossen gegen die Ungültigkeitserklärung des Mandates der Genossen Jacobson, Piesegang und Ruch zur Gemeindevertretung eingelegte Protest vom Bezirksauschuss in Potsdam abgewiesen worden ist (siehe Bericht in Nr. 144 des „Vorwärts“), so wird nun an die höchste Instanz interpelliert werden. Da die Wahlen schon im März 1908 stattfanden, wäre zu wünschen, daß die endgültige Entscheidung nicht allzu lange auf sich warten liege. Hoffentlich gelingt es unserer Partei bei eventueller Ablehnung des Protestes dann Hausbesitzer zu stellen, welche den Anforderungen der Landgemeindeordnung entsprechen.

Potsdam.

Stadtoberverordnetenversammlung. Schon bei Beginn der Versammlung machte die Opposition gegen die vom Oberbürgermeister Vosberg vertretene Grund- und Bodenpolitik einen Vorstoß. Sie verlangte, daß der Ankauf eines Grundstücks von der nichtöffentlichen in die öffentliche gelegt werde. — In der Albrechtstraße, an der Großen Weinmeisterstraße sollen zur Regulierung der Straße Anläufe von Vorgärtenland erfolgen. Ein Besitzer, die Anwesen Geben, wollen sich mit der Stadt einigen. Zwei weitere lehnen es ab. Die Magistratsvorlage vertritt den Standpunkt, daß nach Ausführung der Straßenregulierung bei dem einen Besitzer die anderen eher gestuzungen wären, ebenfalls nachzugeben, während ein großer Teil der Versammlung entgegengesetzter Ansicht war. Die Vorlage wurde mit 21 gegen 21 Stimmen angenommen, da der Vorsteher für den Antrag stimmte. — Da mit dem 1. April 1910 die am Orte noch bestehende Schlacht- und Fleischsteuer eingehen muß, erhofft die Stadtverwaltung mit diesem Zeitpunkt eine stärkere Inanspruchnahme des städtischen Schlachthofes. Die erforderlichen Neubauten (Erweiterung der Schlachthalle, Fleischtransportbahn) wurden nach dem Kostenanschlag mit 240 000 M. ohne Debatte bewilligt. — Die neue Lehrerbesoldung beabsichtigt der Magistrat im Einvernehmen mit Ortschäften unter gleichen Lebensbedingungen einzuführen. Da sich diese Vorarbeiten aber nicht mehr vor den großen Ferien erledigen lassen, sollen „Gehaltsvorschlüsse“ gezahlt werden, und zwar für die Gemeindefullehrer und Rektoren je 150 M. und für die Lehrerinnen 75 M. Für die Lehrer der höheren Lehranstalten müssen dieselben Gehälter gezahlt werden wie für die staatlichen Anstalten, was eine Ausgabe von 87 880 M. erfordert. Diese Zulage soll vom 1. April 1909 datieren. Auf eine Anfrage betreffend die Einführung schon vom 1. April 1908 gab der Oberbürgermeister bekannt, daß versucht werden soll, hierzu einen besonderen Staatszuschuß zu erhalten. Allerdings sei zu befürchten, daß der jezeitige regelmäßige Staatszuschuß dann geschmälert werde. — Zur Feier des Sedanfestes, das, wie der Referent Stadts. Bernhardt ausführte, neben Kaisers Geburtstag das einzige städtische Fest sei, bewilligte man wie immer einstimmig 500 Mark auf Kosten der Steuerzahler für Konzerte, Glockengeläut u. dergl. — Nachdem es dann bei der beantragten Einziehung der Vertinistraße und der Anlage einer Höhen- und Prachtstraße als Verbindung zwischen Großer Weinmeisterstraße und Redlitzer Straße zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Freunden und Gegnern der vom Oberbürgermeister Vosberg während seiner dreijährigen hiesigen Tätigkeit vertretenen Grundstückspolitik „nach großen Gesichtspunkten“ gekommen war, bewilligte Stadts. Ernders als Oppositioneller bei der Vorlage über einen weiteren Grundstücksanlauf die Beschäftigungsfähigkeit. Anwesend waren nur 26 Stadtoberverordnete. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Mittel jetzt des öfters angewandt werden wird, wobei allerdings der Opposition zu statten kommt, daß sechs Mandate, einige schon seit längerer Zeit, unerledigt sind.

Gerichts-Zeltung.

Unter der Anklage des Meineids stand gestern der frühere Rechtsanwalt Eduard Liffer vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin I. Den Vorstoß führte Landgerichtsrat Lehrs, die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Lehmann, der Angeklagte wurde vom Rechtsanwalt Dr. Rag Kantorowicz verteidigt. Die Strafsache hat schon einmal im Anfang dieses Jahres das Schwurgericht beschäftigt; die Verhandlung wurde damals wegen Anbleibens eines Zeugen vertagt. Der Angeklagte wird beschuldigt, am 26. November 1906 bei seiner Vernehmung als Zeuge in einem gegen den Rechtsanwalt Dr. Alfred Wallen anhängigen eherechtlichen Verfahren wissenschaftlich eine falsche Aussage beizugeben zu haben. Der Angeklagte Liffer ist leizuerzeit aus dem Rechtsanwaltsstande entfernt worden und hat nach Verhängung einer längeren Gefängnisstrafe in der Vereinigung der Rechtsfreunde Mandanten zugeschiedt erhalten und dem Angeklagten Entgelt für diese Führung gezahlt zu haben. Der Angeklagte hat als Zeuge in diesem Verfahren ausgesagt, daß er von Dr. W. ihm vielmehr unabhängig von dieser Ueberweisung von Mandanten nur einige Male Darlehen gewährt habe. Dieser Eid soll, wie die

Anklage behauptet, falsch sein. Der Angeklagte bestreitet, etwas Falsches beizugeben zu haben. Dr. W., der früher in einem Nachbarnhause von ihm gewohnt und in freundschaftlichem Verkehr mit ihm gestanden habe, habe ihn in dem Strafverfahren, welches mit seiner (des Angeklagten) Beurteilung endete, ohne jedes Honorar verteidigt. Als er dann in der Liste der Rechtsanwältinnen gelistet worden war, sei seine Praxis vom Rechtsanwalt Dr. W. übernommen worden und dieser habe auch während der Verhängung der Strafe seine Interessen in dankenswerter Weise wahrgenommen. Als er im Jahre 1904 aus der Strafkasse entlassen worden, sei er aller Mittel entblößt gewesen und habe sich an den Rechtsanwalt Dr. W. gewandt, der sich auch dazu verstand, durch Gewährung von Darlehen ihn über Wasser zu halten. Als er dann Anstellung in der Vereinigung der Rechtsfreunde gefunden, habe er aus reinem Dankgefühl die Prozesse, die vor dem Zivilgericht der Vertretung durch einen Rechtsanwalt bedürfen, dem Dr. W. zugewiesen. Für die Zuführung von Mandanten habe er kein Entgelt bekommen. Er habe von Anfang an in allen Prozessen, die dem Dr. W. übertragen wurden, die gesamten Informationen aufgenommen, die Schriftsätze ganz selbständig abgefaßt, so daß die Sache dem Dr. W. schon fix und fertig vorlag und er die Schriftsätze nur zu unterschreiben brauchte. Für diese sehr umfangreiche Arbeiten habe er ein entsprechendes Entgelt bekommen. Er wisse genau, daß Dr. W. ihm gesagt habe: „Sie wissen, daß ich Ihnen für die Ueberbringung der Sachen nichts geben kann“, worauf er geantwortet habe: „Ich bringe Ihnen keine Sachen, sondern die Mandanten, um die es sich handelt, sind und bleiben Mandanten der Vereinigung der Rechtsfreunde“.

Der als Zeuge vernommene Rechtsanwalt Dr. Wallen bestätigte die Aussagen des Angeklagten, soweit sie sich auf seine Geschäftsverbindung mit dem letzteren bezogen. Liffer habe in den Prozessen, die er ihm überwies, viel gearbeitet und alles, so zu sagen, fix und fertig gemacht, er habe als Korrespondent-Mandatar gelten können und für diese Arbeiten habe er ihm 33 1/2 Proz. des Honorars zugesprochen. — Auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Lehmann wurde diese Aussage protokolliert. — Der Zeuge Karl Ahrens war früher Rechenführer in der Vereinigung der Rechtsfreunde. Er hatte schon bei der Verhandlung im Januar eine Aussage dahin gemacht, daß eine Anzahl von Rechtsanwältinnen, die von der Vereinigung der Rechtsfreunde Prozesse überwiesen erhielten, mit der Vereinigung das Abkommen getroffen hätten, daß sie von ihrem Honorar 33 1/2 Prozent an die Vereinigung abzugeben hätten. Auf Befragen nennt er etwa zehn Rechtsanwältinnen als solche, die mit der Vereinigung der Rechtsfreunde in Verbindung stehen beziehungsweise gestanden haben und darunter einige, die nach seiner Behauptung 33 1/2 Proz. für die Zuweisung von Mandanten durch Liffer gezahlt haben sollen. — Der Staatsanwalt hielt nach dieser Verbindung die Vertagung in der Verhandlung für geboten, da es doch notwendig erscheine, einige der genannten Rechtsanwältinnen als Zeugen zu hören, um an der Hand ihrer Aussagen zu prüfen, ob man dem Angeklagten glauben kann, daß er bei seiner Verbindung mit Rechtsanwalt Dr. Alfred W. von diesem Mißbrauch abgesehen sei. — Das Gericht beschloß nach längerer Beratung, die Rechtsanwältinnen Köhler, Benedikt, Hugo Caro und Cohnmann in einem demnachst anzuheraumenden Termin als Zeugen zu hören. Auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Kantorowicz wird ferner die Verladung des Polizeirats Lih beschlossen, welcher nach der Behauptung des Verteidigers bekunden soll, daß der Zeuge Ahrens als ein Mann bekannt sei, der die Unwahrheit sage. Die Verhandlung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Vermischtes.

Von der Wellmannschen Expedition.

Ein Drontheimer Blatt erzählt aus Tromsø, Wellmanns Expeditionsdampfer „Arctic“ sei von Danas zurückgekehrt und habe zwei Hubschrauber gebracht. Danach ist ersien ein Mann der Ueberwinterungsexpedition, welche das Ballonhaus beauftragt hatte, verunglückt. Zweitens ist Wellmanns Ballonhaus vollständig zerstört worden. Wellmann war gerade bereit, von Tromsø aus mit dem norwegischen Spitzbergen-Expeditionsdampfer „Rcam“ abzureisen. Er war sehr niedergeschlagen und sich seine Effekten ans Land bringen. Er will zum Bau eines neuen Ballonhauses Material kaufen. Da dieses einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte, sind die Aussichten für den diesjährigen Start noch mehr verringert.

Revolte in einem Gefängnis. Nach einer Meldung aus Wilna ermordeten in dortigen Gefängnisse vier Sträflinge einen Aufseher und befreiten sieben andere Arrestanten. Im Gefängnishof entspann sich hierauf ein Kampf, bei dem drei Aufseher und sieben Sträflinge getötet, vier Arrestanten, ein Schutzmann und ein Aufseher verwundet wurden.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Mit Webbing bei Schulz, Magstr. 13b, Mit Rosbit bei Diele, Fritzingstr. 15a, Mit Widenberg bei Erbel, Wallstr. 74; jeden Dienstag Spielabend. Mit Zentrum bei Freilich, Dragonenstr. 15; jeden Montag Spielabend. — In sämtlichen Abteilungen Sonnabend freier Schachabend.

Sparverein für Präsidenten zur Ausführung der Feuerbestattung. Heute abend 8 1/2 Uhr Sophienstr. 5 bei Quimmel: Versammlung.

Wintlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Revival-Markthallen. Markttag: Freitag. Anfuhr (mit, Gehalt ruhig, Preise für Rind- und Hammelfleisch anziehend, Schweinefleisch nachgebend. Wild: Zufuhr ziemlich beständig, Gehalt lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr ausreißend, Gehalt schlappend, Preise wenig verändert. Fisch: Zufuhr mäßig, Gehalt ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Gehalt still, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Sädfrüchte: Zufuhr genügend, Gehalt schlappend, Preise nachgebend.

Witterungsübersicht vom 28. Juni 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Essen	761,2	3 heiter	19	16,0	Darmstadt	762,2	2 wolkenl.	15	15,0
Darmstadt	763,2	2 wolkenl.	16	15,0	Berlin	762,0	2 wolkenl.	12	15,0
Berlin	762,0	2 bedekt	15	15,0	Frankfurt	764,0	1 bedekt	11	15,0
Frankfurt	764,0	3 wolkenl.	14	15,0	München	764,0	1 heiter	13	15,0
München	764,0	1 heiter	15	15,0	Wien	763,0	2 heiter	16	15,0
Wien	763,0	2 heiter	16	15,0					

Wetterprognose für Dienstag, den 29. Juni 1909. Gleichmäßig, zeitweise auflockernd, vorwiegend noch trübe und regnerisch bei schwachen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten.

Wasserstand	am 27. 6.	am 28. 6.	Wasserstand	am 27. 6.	am 28. 6.
Remel, Müst	123	+2	Soale, Großh	64	+4
Uregel, Ankersburg	84	+1	Gabel, Spandau	41	-5
Deich, Thorn	122	-13	Rathenow	56	+6
Ober, Rottb.	182	-14	Spree, Spremberg	66	0
Kroffen	106	-24	Beesow	51	-1
Frankfurt	196	-31	Weser, Minden	94	+5
Wartde, Schum	94	-2	Winden	88	-1
Sandberg	11	-4	Weser, Marienhausen	473	-5
Rehe, Borsdam	-19	-2	Staub	228	+12
Gibe, Zeltmer	-48	-8	Köln	205	+14
Dresden	-150	-2	Kedau, Hellbrom	65	-7
Verb.	84	0	Wain, Berlin	100	-1
Magdeburg	68	+6	Wosel, Teier	29	+5

+) + bedeutet Hoch, - Fall. - *) Unterpegel.